

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gepaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet.

Herbstarbeit.

Wieder weht der kalte, regenschwere Novemberwind durch kahles Gesträuch und über leere Felder. Der Kreislauf der Natur will sich vollenden. Das Jahr stirbt. Und der Winter naht. Schon schied er flüchtige Schneefahnen als Patronenlinsensäume und schwer lastende Nebel als seine Quartiermacher. In einigen Wochen wird er als Sieger seinen Einzug halten. Dann wird wieder einmal das große Galt begeben werden für alles, was im Freien mit Stein und Mörtel schafft. Aber dies Galt ist zugleich ein Signal für einen großen Abzug. In Tausenden werden sich dann die baugewerblichen Arbeiter aufmachen und die Stätte ihres sommerlichen Wirkens verlassen, um in ihre Wohnorte zurückzukehren. Manche von ihnen werden in die Forsten oder auf die öffentlichen Wege gehen, um dort für knappen Lohn schwere Arbeit zu verrichten, andere, und vielleicht die meisten, werden sich vergebens nach solcher Gelegenheit umsehen, sie werden sich bemühen müssen, ihr Leben mit den letzten Ersparnissen notdürftig zu fristen, die sie sich im Sommer erdachten.

Aber von diesen urreigenen Sorgen des einzelnen geht der Sinn auf die Sorgen der Gesamtheit der deutschen Bauarbeiter, auf die große, schwere Aufgabe des nächsten Jahres, die Erneuerung der Tarifverträge. Nach den Feststellungen des Verbandesvorstandes arbeiteten am 31. Dezember 1911 nicht weniger als 246 624 Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes unter Tarifverträgen. Ihre Zahl ist im laufenden Jahre sicher auf mehr als 260 000 gewachsen. Von ihnen werden annähernd vier Fünftel, also mehr als 200 000, an der Erneuerung der jetzt bestehenden Verträge beteiligt sein. Es ist ein Riesennuß von wirtschaftlichen Interessen, dessen Vertretung und Förderung unsern Verbände anvertraut ist.

Der Umfang, in dem er dieser außerordentlichen Aufgabe gerecht werden kann, hängt von mancherlei Umständen ab, nicht zum wenigsten von dem Zustande unserer Organisation, von ihrer Mitgliederzahl, von dem Geist, der sie beseelt, und von den Mitteln, die sie für ihre Aufgabe einsetzen kann. Wir können in dieser Hinsicht zurecht sein. Die letzten zwei Jahre haben uns einen Zuwachs von mehr als 100 000 Mitgliedern und eine entsprechende Erhöhung der für den Kampf verfügbaren Gelder gebracht. Das ist schön und gut. Aber wir müssen diesen durch die zähe Arbeit unserer Rekrutierung errungenen Schatz hüten und soweit wie möglich zu mehren suchen. Für diese Aufgabe kommt jetzt eine bedeutungsvolle Zeit.

Es ist nicht darauf zu rechnen, jetzt, wo die Massen von den Arbeitsplätzen wieder zurückfluten, noch Erhebungen an Mitgliedern zu machen. Die Mitgliederzahl wird im Gegenteil sinken, in diesem Winter, wie sie noch alle Jahre in dieser Zeit sank. Aber wir müssen danach trachten, diesen zum Teil natürlichen Rückgang bis auf das mindeste Maß einzuschränken. Viele Mitglieder gehen uns verloren, nur weil die Hand fehlt, die sie festhält. Mögen sich jetzt recht viele solcher Hände finden. Es muß mit peinlichster Gewissenhaftigkeit darauf gehalten werden, daß sich die abreisenden Kollegen nicht nur bei ihrem Weggange abmelden, sondern sich dort auch anmelden, wo sie sich den Winter hindurch aufhalten. Wollen wir aber das erreichen, so genügt es nicht, wenn wir hier im „Grundstein“ darauf hinweisen, — dann müssen die Zweigvereinsvorstände mit allem Nachdruck darauf hinwirken. Die früher oft gehörte Ausrede, daß der Wohnort keinen Anschluß an die Organisation habe, lasse man in keinem Falle gelten: unser Verband ist heute so ausgebreitet, daß man in jedem Orte Anschluß an einen Zweigverein finden kann. Es wäre jedenfalls der Erwägung wert, wie wir das Melbewesen in unserer Organisation besser ausgestalten können. Sollte die vorgeschlagene Erweiterung unserer Unter-

stützungseinrichtungen vom Verbandstage angenommen werden, so würde ja dadurch eine Besserung erzielt werden; im andern Falle aber dürfte man nicht zögern, schärfere Mittel zur Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltung bereit zu stellen. Vorläufig jedoch haben wir wieder die benannten Unterstützungseinrichtungen, noch schärfere Mittel, und insoweit muß die Wachsamkeit der Zweigvereine aufgerufen werden, um dem Uebel zu steuern. Lassen es die in den Verpfaltungen tätigen Kollegen nicht daran fehlen, so ist es vielleicht möglich, den drohenden Mitgliederverlust zu verhindern. Sonst dürfen wir uns auf einen Abgang von reichlich 15 000 gefaßt machen.

Eine andere Aufgabe erwächst den Zweigvereinen darin, die Beiträge voll einzubringen. Hier müssen vor allem die Hilfskassierer auf dem Posten sein. Ihr Eifer und ihre Gewissenhaftigkeit können mehr erreichen als unsere Ermahnungen. Die kommenden Zeiten sind zu ernst, als daß wir uns eine Lässigkeit in dieser Hinsicht gestatten könnten. Die Beitrags-schuldner mögen sich jedoch auch gefaßt sein lassen, daß der Verband auch bei dieser Bewegung zur richtigen Zeit seine Pforten schließen wird. Wer seine Beiträge für dies Jahr nicht voll zahlt, hat bei Wiederbeginn der Beitragszahlung keine Mitgliedsrechte mehr. Es ist sehr leicht möglich, daß es die Organisation für richtig hält, von jener Zeit an keine neuen Mitglieder aufzunehmen; die zahllosen Mitglieder wären dann also ohne Schutz und hätten bei einem etwaigen Kampfe kein Anrecht auf Unterstützung. Wer vor dieser unangenehmen Lage bewahrt bleiben will, zahle seine Beiträge zur rechten Zeit.

Jeder Kollege, der dem Verbanne nützen will, hat dazu überreich Gelegenheit, indem er die Launen und Flauen in seiner Bekanntschaft zur Erfüllung ihrer Organisationspflichten anhält.

Schließlich sollten wir die nun kommenden ruhigen Zeiten zu einer Steigerung unseres Versammlungslebens nützen. Das dürfte besonders im Anschluß an die Konferenzen angebracht sein. Bei diesen Zusammenkünften sind alle die hochbedeutenden Fragen erörtert worden, deren Lösung unsere Organisation in den nächsten Monaten beschäftigen wird, Fragen, deren Lösung nur unter Mitwirkung der großen Masse der Kollegenschaft gelingen kann. Für diese Mitwirkung heißt es jetzt zu arbeiten! Inwieweit sich da die tätigen Kollegen in den Zweigvereinsverpfaltungen für die Unterstützungsvorlage des Verbandesvorstandes einsetzen wollen, ist ihre ureigene Sache. Gönne jeder nach seiner guten Überzeugung. Der Verbandsvorstand übt darin keinerlei Druck auf Andersdenkende aus, sondern vertraut der werdenden Kraft seiner wohlwollenden Vorschläge, mit denen er nach seiner Meinung der Organisation dient. Wer aber glaubt, der Organisation besser zu dienen, wenn er diesen Vorschlägen entgegenwirkt, kann und soll darin nicht behindert werden.

Anders stehen die Dinge jedoch mit den Maßnahmen, die zur Vorbereitung der Tariferneuerung notwendig sind. Hier muß der Vorstand der Unterstützung aller tätigen Kollegen sicher sein. Was hierzu auf den Konferenzen gesagt werden konnte, das stellt die Richtung dar, in der sich alle Aufklärungsarbeit zu bewegen hat. Was gesagt wurde, war nicht viel, aber es wird zur angemessenen Zeit ergänzt werden. Zunächst müssen wir dahin wirken, daß die gegebenen Anregungen zweckentsprechend weitergegeben und befolgt werden. Bei allen Gelegenheiten jedoch, wo man die Tariferneuerung, und was mit ihr zusammenhängt, erörtert, da lasse man sich das als Leitfaden dienen. Wir müssen bei allem, was wir tun, vom Geist der Einmütigkeit und des Vertrauens zu den gewählten Verwaltern der gemeinsamen Sache erfüllt sein. Diesen Geist zu pflegen, wo er vorhanden ist, ihn zu wecken,

wo er noch fehlt, das ist die Aufgabe aller tätigen Kollegen, das ist, zusammen mit der Sorge um Erhaltung der Mitglieder und die ordnungsmäßige Zahlung der Beiträge, der wesentlichste Inhalt unserer Herbstarbeit.

Die Verschmelzungsbestrebungen bei den englischen Bauarbeiterorganisationen.

Die Häufung der Gütererzeugung und des Kapitals hat sich in Großbritannien ebenso schnell vollzogen wie in den beiden führenden Industriestaaten Amerika und Deutschland. Hätte angelsächsischer Krämergeist die Notwendigkeit einer höheren Produktionsform nicht eingesehen, der immer stärker werdende Wettbewerb des Auslandes hätte ihn sicher davon überzeugt, Hand in Hand mit der Anhäufung der Kräfte und Mittel ging die Organisation des Unternehmertums. Die Einzelbetriebe sind zu großen Gesellschaftsunternehmen geworden; an Stelle der altväterlich freundlichen, entgegenkommenden Arbeitgeber sind protzige rücksichtslose Ausbeuter getreten. Bis zur letzten Jahrhundertwende noch konnte der englische Unternehmer selbstzufrieden mit ruhiger Sicherheit seinen Tag leben. Die englische Industrie hatte keinen gefährlichen Nebenbuhler; ihre Erzeugnisse fanden genügend Absatzmärkte; Großbritannien's Flotte beherrschte unbeschränkt das Weltmeer; die Kundschaft war sicher und zahlte die geforderten hohen Preise. Diese günstige Lage erzeugte beim englischen Unternehmertum eine fröhliche, friedliche Stimmung, die auch für den Arbeiter etwas abfallen ließ. Diese Gemütsverfassung war nicht dazu angetan, der organisierten Arbeiterschaft mit der geballten Faust entgegenzutreten. Dafür war schon deswegen wenig Grund vorhanden, weil ja die Trade-Unionisten bescheiden auftraten, ihre Wünsche in höflicher Form vorzutragen und vor allem dem Unternehmer sein vermeintliches Recht auf unarbeitsbedingten Gewinn nicht grundsätzlich streitig machten. Uebrigens gebot auch das eigene Wohl dem Unternehmer, die Trade-Unionisten nicht zu vergewaltigen; denn sie sorgten freiwillig für die Ausbildung und Erhaltung eines fähigen Arbeiterstammes und verbürgten den regelmäßigen Gang des Betriebes, der für die Erledigung der Aufträge nötig war. Schließlich fiel die Erfüllung der Wünsche der Trade-Unionisten den Unternehmern nicht allzu schwer, die sie ja nur immer für einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft, für ihre Mitglieder forderten und nicht für die köpstarke Schaar der Ungelernten, der Tagelöhner.

Dies von unsern bürgerlichen Sozialpolitikern so hoch gepriesene Verhältnis ist nun auch in England vorbei, und zwar für immer. Die Alleinherrschaft der englischen Industrie ist unwiderbringlich dahin; der britische Kaufmann wird auf allen seinen Wegen von seinen amerikanischen, deutschen und selbst japanischen Wettbewerbern hart bedrängt; das Stärkeverhältnis der Handelsflotte hat sich schnell und stark zuungunsten der britischen verschoben. Durch die Vervollkommen der Technik und allgemeine Einführung der Arbeitsteilung ist die Verwendung von ungelernten Leuten in stetig steigendem Maße möglich; die Tagelöhner nehmen die Plätze der gelernten (und organisierten) Arbeiter ein. Durch den Einbruch der unorganisierten, weniger Lohn fordernden Tagelöhner in die von den Trade-Unionisten als ihnen „rechtmäßig zustehend“ angesehenen Arbeitsplätze, werden die Löhne und sonstigen Ertragsentscheften der Gewerkschaften bedroht, fühlen sie ihre Hoffnungen sinken und ihre Ohnmacht wachsen. Und der Versuch, der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Streiks zu begegnen, lehrt eindringlich die betrübende Tatsache, daß die Macht des Kapitals bedeutend stärker geworden ist. Die Unternehmer haben sich im stillen in starken, über das ganze Reich ausgedehnten Ver-

bänden verschauzt, während die Arbeiter, in vielen, zum großen Teil kraftlosen Verbänden und Vereinen zersplittert, zersplittert sind. Und daß auch die mächtigsten unter den Unions den Untermännern nicht gewachsen sind, haben die großen Ausstände der zwei letzten Jahre genugsam gezeigt.

Die Zersplitterung der britischen Gewerkschaftsbewegung ist genugsam bekannt; daß sie noch bedeutend größer ist, als man gemeinhin annimmt, läßt die folgende Aufstellung erkennen:

Industrien	Mitglieder	Verbände
Bau	157 798	71
Minen	729 793	84
Metall	369 374	212
Textil	379 108	271
Schuh	34 457	12
Kleider	82 826	29
Eisenbahnen	116 214	7
Straßenbahnen	42 691	17
Matrosen und Hafenarbeiter	71 656	34
Buchdrucker	73 880	38
Holz	38 842	91
Handelsangestellte	56 312	4
Tagelöhner	119 085	15
Gemeinde- und Staatsarbeiter	97 757	77
Verschiedene	107 409	192
Zusammen	2 426 592	1154

Die durch die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte in 1154 selbständige Organisationen verursachte Vergewaltigung von Kräften und Mitteln ist handgreiflich und wird natürlich auch in den Trade-Unions gefühlt. Bei diesem Gefühl aber ist es im großen Ganzen bis vor wenigen Jahren geblieben. Erst die schweren Schläge der letzten paar Jahre trieben zu tatkräftiger Anbahnung der Verschmelzung. Der Gewerkschaftskongress in Sheffield (1910) verlangte mit 1 175 000 (gegen 256 000) Stimmen von seinem Parlamentarischen Komitee, daß es sich „mit allen Trade-Unions Großbritanniens ins Vernehmen setze, um ihre Ansicht über die Verschmelzungsfrage zu hören; daß es einen allgemeinen Entwurf für die Vereinigung von Gruppen in Industrieverbände auszuarbeiten habe und daß es dem nächsten Kongress zweckdienliche Vorschriften unterbreiten solle.“

Bei dieser Resolution wäre es, wie die Erfahrung anzunehmen gestattet, wahrscheinlich jahrelang geblieben, hätte nicht das folgende Jahr mit seinen beispiellosen riesigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit die Notwendigkeit der Verschmelzung allen Trade-Unionisten eingeblendet. Im Jahre 1910 waren noch 256 000 Stimmen gegen die Verschmelzung, auf dem folgenden Kongress wurde einhellig bedauert, daß der Gewerkschaftsbewegung die Einheitlichkeit der Unternehmerrorganisation mangle und das „Parlamentarische Komitee“ wurde beauftragt, „die Gruppen der verschiedenen Industrien zu Beratungen zusammenzurufen zwecks Vereinigung der vielen Unions einer Industrie zu einer Organisation.“

Durch diesen Beschluß wurde die Frage der Verschmelzung vor das Forum der Mitgliedschaft gebracht. In der Allgemeinheit des Trade-Unionismus begann eine gründlichere Aussprache über die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Die Bauarbeiter im besondern schufen, um schneller zum Ziele zu kommen, das „Komitee für Verschmelzung der Unions des Baugewerbes zu einer Organisation“. Es wurde im Februar 1911 gegründet. Nach kurzen Monaten traten ihm — um nur die wichtigsten Organisationen zu nennen — bei: die Maler, Zimmerleute, Steinmaurer, Backsteinleger, Pfisterer, Rohrlager, Bauarbeiter usw. Die Backsteinleger, die entschiedensten Kämpfer für die Verschmelzung, unterstützten das Komitee von allem Anfang an mit ihrem Einfluß und ihrem Gelde. Es wurden viele Tausende von Flugblättern verbreitet, Redner zu allen Unions geschickt, die danach verlangten oder sie anhören wollten. Mit einem Wort: das Komitee der Backsteinleger warb kraftvoll und planmäßig im ganzen Lande für den Gedanken des Zusammenschlusses.

In einem der massenhaft verbreiteten Flugblätter heißt es, nachdem die Schäden der bisherigen Zersplitterung und die unbedingte Notwendigkeit einer strafferen Zusammenfassung der Kräfte dargelegt worden sind:

„Teilstreiks sollten fürderhin auf das allergeringste für eine Kampfesorganisation, zulässige Maß verringert werden. Ist eine Arbeitseinstellung für das ganze Land oder ein größeres Gebiet beschlossen, so sollten alle Gruppen ihre Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorbereitet haben. Eine der unmittelbar dringenden Notwendigkeiten ist die Abschaffung der langfristigen Arbeitsverträge und die Festsetzung eines gleichzeitigen Ablaufes, damit ein einheitliches Vorgehen aller Gruppen möglich ist.“

Für die neue Einheitsorganisation schlagen wir als Namen vor: Building Workers' Industrial Union. (Zentralverband der Bauarbeiter). Ihr Zweck soll sein, die Vereinigung sämtlicher jetzt bestehender Unions zu

einem Zentralverband; sie hat alle im Baugewerbe tätigen Personen zu umfassen. Ihre unmittelbare Tätigkeit ist darauf zu richten, eine Kampfesorganisation zu schaffen; an der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bauarbeiter zu arbeiten; mit ähnlichen Organisationen in eine gemeinschaftliche Bewegung einzutreten, um die Interessen der nationalen und internationalen Arbeiterschaft zu fördern, weil wir des Glaubens sind, daß die Interessen aller Lohnarbeiter in gleicher Richtung gehen. Die neue Organisation hat für einheitliche Beiträge und Unterstützungen zu sorgen.“

Der Verband der Backsteinleger (Operative Bricklayers' Society) berief außerordentliche Versammlungen ein, wo seine Mitglieder die in dem Flugblatt gemachten Vorschläge besprachen und darüber beschließen sollten. 128 Gruppen stimmten zu und nur zwölf verwarfen sie.

Die günstige Stimmung für die Verschmelzung bei den Backsteinlegern ließ das „Komitee für Verschmelzung“ von dem „Parlamentarischen Komitee“ des britischen Gewerkschaftskongresses verlangen, das Werk der Einigung in die Hand zu nehmen, wie es die Resolution vom Jahre 1911 bestimmte. Auf diese freundliche Anempfehlung hin wurde am 18. April 1912 eine Zusammenkunft der Baugewerkschaften nach London einberufen. Der Einladung folgten die wichtigsten Unions der Bauarbeiter. Wir setzen die vertretenen Organisationen mit ihren Mitgliederzahlen hierher, damit sich die Leser ein Bild von der zahlenmäßigen Stärke der Organisationen ihrer englischen Kameraden machen können. Vertreter hatten gesandt:

Backsteinlegerverband	mit 28 000 Mitgliedern
Vereinigte Bauarbeiter	1 440
Vereinigung der Dach- und Schieferdecker	929
Gasarbeiter und Tagelöhner	32 000
Vereinigte Union der Arbeit	22 000
„Französische“ Poliere	1 000
Baumachschneider u. Kranwärter	?
Nationalverb. der Bauarbeiter	2 300
Verein der Schottischen Maler	2 950
Schreiner u. Zimmerleuteverb.	6 000
Vereinigung d. Zimmerer und Schreiner	56 000
Verein der Steinmaurer	7 000
Backsteinlegerverein in Manchester	1 655
Gewerkschaft der Rohrlager	10 907
Vereinigte Bautageelöhner	1 900
Nationalverband der Maler	14 909
Pfisterer und Steinhauer	800

Allerdings waren auf dieser Zusammenkunft nicht sämtliche Organisationen des Baugewerbes vertreten. Jedoch der Zahl der Mitglieder nach war der weitaus größte Teil der organisierten Bauarbeiterschaft daran beteiligt. Nach einer langen und lebhaften Aussprache wurde der folgende, von dem Backsteinlegerverband eingebrachte Antrag angenommen:

„Die Konferenz tritt jenen von den zwei letzten Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüssen bei, die sich grundsätzlich für die Verschmelzung der in einer Industrie bestehenden Unions aussprechen. Die versammelten Vertreter halten für ihr Gewerbe nun die Zeit für gekommen, jenen Grundsatz zu verwirklichen. Die Konferenz schafft ein Komitee, in das jede der vertretenen Organisationen ein Mitglied zu entsenden hat. Es hat einen Plan auszuarbeiten, um die genannten Beschlüsse wirksam zu machen. Dieser Plan ist der nächsten Konferenz vorzulegen.“

Dieser Entschluß fand eine warme Aufnahme in den Mitgliederversammlungen. Das Verschmelzungskomitee des Backsteinlegerverbandes, die treibende Kraft dieser Bewegung, ließ durch seine Vertreter auf dieser Konferenz die Anfertigung eines Flugblattes beantragen, das gleichzeitig einen Stimmzettel darstellte, damit jedem Mitglied gleich Gelegenheit gegeben war, über die Verschmelzung abzustimmen. Der Backsteinlegerverband blieb dabei nicht stehen. Um die Ausbreitung des Verschmelzungsgedankens in andern Gewerben zu erleichtern und sie einheitlich zu gestalten, gab er noch einen Leitfadens zu einem Vortrage heraus. Damit ist auch den weniger geschulten Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, die Frage in sachlicher und wirksamer Weise vor den Kollegen zu behandeln.

Wenn die Schwächen des britischen Trade-Unionismus gründlich beseitigt werden sollten, dann muß die Verschmelzung in allen Industrien geschehen. Darüber waren sich die leitenden Leute des Backsteinlegerverbandes einig. So suchten sie denn das scheinbar recht saumselige „Parlamentarische Komitee“ des Gewerkschaftskongresses an den ihm früher gewordenen Auftrag zu erinnern durch Vorlegung einer Erklärung, die verlangt, nun endlich „für alle den verschiedenen Industrien angehörigen Unions Zusammenkünfte zu veranstalten, um die von den beiden letzten Kongressen gemachten Anregungen zu vervollständigen und mit der Aufklärung über die Schaffung von Industrieverbänden zu beginnen.“

Soweit ist bis zur Stunde die Bewegung gekommen. Nach Lage der Dinge wird das Baugewerbe wohl den ersten Zentralverband erhalten. Wann sich die Verschmelzung in den andern Industrien vollzieht, ist sehr schwer vorauszusagen. Bei diesen sind Ueberlieferungen und Gewohnheiten, Liebe zur Zufriedenheit, Sorge um die Kasse und auch die Abneigung mancher Beamten gegen eine Aenderung der Organisationsform stärker entwickelt als bei den Bauarbeitern. Die Ueberwindung dieser Widerstände wird bis zu einem gewissen Teil von der Geschicklichkeit, Tatkraft und dem guten Willen des „Parlamentarischen Komitees“ des Gewerkschaftskongresses abhängen. Daß es die Erfüllung des ihm dreimal gewordenen Auftrages, das Werk der Vereinigung anzubahnen, nicht vergißt, dafür werden die Backsteinleger schon sorgen. Und daß der Gedanke der Verschmelzung, die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit einer besseren, einer zeitgemäßen Organisationsform des Industrieverbandes, auch in der Mitgliedermasse des Trade-Unionismus schnell-erstarke und zur Tat drängen wird, dafür bürgt die wirtschaftliche Entwicklung und die schroffe Arbeiterfeindschaft des britischen Unternehmertums.

Fritz Kummer.

Politische Umschau.

Erfahrung im ersten Berliner Reichstagswahlkreis. — „Vollstürmer“ und Sammlungspolitik. — Der Balkanrieg. — Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Die am Dienstag der Berichtswöchige stattgefundene Erfahrung im ersten Berliner Reichstagswahlkreis hat, wie vorausgesehen war, eine Ueberzeugung mitgebracht. Der Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei, Kaempff, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt hatte, um es nicht von der Wahlprüfungskommission des Reichstags für ungültig erklären zu lassen, ist wiedergewählt worden. Er erhielt 4878 Stimmen, während auf den Sozialdemokraten Düweli 3840 Stimmen entfielen. In der Hauptwahl am 12. Januar wurden für Kaempff abgegeben 4657, für Düweli 4408 Stimmen; ersterer hat also, offenbar infolge Unterstützung durch die Demokraten, die einen eigenen Kandidaten nicht aufgestellt hatten, 221 Stimmen gewonnen, während bei Düweli ein Stimmenrückgang von 568 zu verzeichnen ist. Auf dieses Wahlergebnis hat sich die Freisinnigen viel zugute, obwohl sie dazu gar keine Urkunde haben. Ist doch diese Erfahrung auf Grund der alten Wählerlisten vom Januar dieses Jahres vorgenommen worden, die notwendigweise große Lücken aufweisen mußten.

Infolge der Mandatsniederlegung des Reichstagspräsidenten Kaempff wird sich der Reichstag bei seinem Wiederauftreten nicht abeteln, mit der Frage der Befestigung des Reichstagspräsidiums zu beschäftigen haben. Kaempff ist zwar wiedergewählt worden, aber damit ist er nicht wieder Präsident. Er müßte als solcher aufs neue gewählt werden, sofern der Reichstag ihm die Präsidentenwahl wieder übertragen will. Ob das der Fall sein wird, muß abgewartet werden.

Im übrigen ist es auch in der verflochtenen Berichtswöchigen auf innerpolitischen Gebiet ziemlich ruhig gewesen. Nur gut, daß zur Beruhigung aller „vaterländisch“ und „patriotisch“ gefühlten Elemente, unsere staatsrechtlichen Geister in ihrem heiligen Kampfe gegen den Umsturz nicht ruhen und rasten. In ihrem Bemühen, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen, sind sie wieder einmal auf eine neue Idee verfallen. Der von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufenen Versicherungsaktiengesellschaft „Vollstürmer“, die ihren schon seit dem ersten Auftreten dieses Projektes schwere Sorge machte, soll nun in „großzügiger“ Weise zu Leibe gegangen werden. Eine große nationale Volksversicherung soll entstehen, mit der man den bedrohten kapitalistischen Profit der Versicherungsgesellschaften zu sichern hofft und — das ist das Interessanteste an der Sache — mit deren Propaganda man gleichzeitig eine neue Art Sammlungsaktivität gegen die Sozialdemokratie glaubt in die Wege leiten zu können. Die „Vollstürmer“ ist zwar eine rein soziale Schöpfung, die mit parteipolitischen Bestrebungen nicht das geringste zu tun hat; aber das hindert ihre Gegner bekanntlich nicht, in der unverfrohenen Weise dieses Unternehmen als „sozialdemokratisch“ hinzustellen. Das geschieht selbstverständlich auch jetzt wieder; ist diese Lüge doch notwendig zur Begründung des ganzen Planes, den das „Berliner Tageblatt“ durch den Abdruck eines ihm zugefügten vertraulichen Schriftstücks veröffentlicht hat. In diesem Manuskript wird eingangs gesagt, daß „mit berechtigter Sorge vaterländisch denkende Männer auf die ungeheure Gefahr hingewiesen haben, welche der Wohlstand unseres Volkes aus der Gründung einer in den Dienst des Klassenkampfes sich stellenden sozialdemokratischen „Vollstürmer“ erwachsen muß. Ernsthafte Bestrebungen sind bereits hervorgetreten, um dem drohenden Vordringen der Sozialdemokratie durch gleichartige Gegenmittel zu begegnen.“ So sehr das vom nationalen Standpunkt begünstigt werden muß, so besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß hierauf gerichtete Eingelbestrebungen zu einer Zersplitterung der Kräfte führen. Die nationale Gefahr, die in dem Vorgehen der Sozialdemokratie liegt, kann erfolgreich mit kleinen Mitteln nicht bekämpft werden. Nur wenn alle, im kürzest möglichen Lager zurecht noch auseinanderstrebenden Kräfte zu-

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Reiseunterstützung im Winter.

In den Monaten Dezember, Januar, Februar und März kann an Mitglieder, die dem Verbandsununterbrochen mindestens ein Jahr angehört und für 40 Wochen Beitrag gezahlt haben, oder innerhalb vier Wochen nach beendeter Reisezeit beigetreten sind, Reiseunterstützung gezahlt werden. Die Höhe der Unterstützung beträgt M 1 pro Tag und darf in einer Unterstützungsperiode (Dezember bis inklusive März) M 40 nicht übersteigen. An einem Orte und in einer Unterstützungsperiode darf an ein und dasselbe Mitglied nur einmal Unterstützung gezahlt werden. Ausgenommen hiervon sind Berlin, wo für drei Tage, und Bremen, Breslau, Köln a. Rh., Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stettin und Stuttgart, wo für zwei Tage zu zahlen ist, wenn die Unterstützung an aufeinanderfolgenden Tagen erhoben wird.

Am Abreiseparte wird Unterstützung nicht gewährt.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt in allen Zweigvereinen, mit Ausnahme derjenigen:

- a) deren Hauptort weniger als 2500 Einwohner hat;
- b) die am Schlusse des dritten Quartals weniger als 20 Mitglieder zählen oder noch kein ganzes Jahr bestanden haben.

Ein Teil der Unterstützung kann von Zweigvereinen, die für sich allein oder mit anderen Gewerkschaften zusammen das Herbergswesen geregelt haben, in Form einer Unterweisung auf Logis ausbezahlt werden; der Rest ist bar auszugeben.

Mitglieder, die Unterstützung in Empfang nehmen wollen, haben ihre Berechtigung dazu durch eine vom Verbandsvorstand ausgestellte Reiselegitimationskarte in Verbindung mit ihrem Mitgliedsbuch, das mit einem Abreisepasse versehen sein muß, nachzuweisen. Reiselegitimationskarten hat der Verbandsvorstand vom 20. November an auszustellen, aber nur an solche Mitglieder, die für das betreffende Jahr ihren Verbandsbeitrag voll gezahlt haben.

Ergibt sich auf der Reise befindliches Mitglied außerhalb des Gebietes eines Zweigvereins Arbeit, so hat es sich bei dem Verbandsvorstand oder einem benachbarten Zweigverein anzumelden, um seine Pflichten und Rechte ausüben zu können. Wenn reisende Mitglieder die ihnen nachgewiesene Arbeit nicht annehmen, so wird ihnen die Reiselegitimation abgenommen.

Besondere Bestimmungen für Mitglieder, die eine Reiselegitimationskarte beantragen.

1. Reiselegitimationskarten werden vom 20. November an ausgestellt.

2. Mitglieder, welche zwecks Erhebung der Reiseunterstützung eine Reiselegitimationskarte wünschen, können ihr Mitgliedsbuch entweder an den Verbandsvorstand einreichen, oder sich zur persönlichen Empfangnahme der Karte im Bureau des Verbandsvorstandes vorstellen. Schriftliche Anträge sind für die Rücksendung 20 3 in Briefmarken beizulegen. Die Rücksendung des Mitgliedsbuches und der Legitimationskarte erfolgt nur an einen von dem Antragsteller angegebenen Zweigvereinsvorstand.

Junggeheilen haben außerdem eine Bescheinigung beizubringen, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendeter Reisezeit dem Verbandsbeitragspflichtigen sind. Als solche Ausweisepapiere genügen ein Reisebrief oder eine sonstige Bescheinigung des Reiseleiters über die beendete Reisezeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgereist hat, ein Verbandszweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Die Ausstellung einer Reiselegitimationskarte ist weiter davon abhängig, daß der Beitrag bis zum Jahres-schluß voll bezahlt ist.

3. Mitglieder, die im Jahre 1911 in den Deutschen Bauarbeiterverband eingetreten sind, erhalten mit der Reiselegitimation an Stelle des Interimsbuches das ordentliche Mitgliedsbuch, laufend vom Jahre 1912.

4. Nach Beendigung der Wanderschaft oder nach Ablauf der Unterstützung ist die Legitimationskarte und das Mitgliedsbuch bei dem Kassierer des nächsten Zweigvereins vorzugeben und die Summe der empfangenen Reiseunterstützung in dem Buche bescheinigen zu lassen. Auch die Mitglieder, die keine Unterstützung erheben, die Karte also gar nicht benutzen, müssen sich dies bescheinigen lassen.

Wer dies unterläßt, wird bei späteren Unterstützungsfällen so behandelt, als hätte er M 40 Reiseunterstützung empfangen. Dasselbe geschieht denen, die wohl das Mitgliedsbuch zur Eintragung, aber nicht die Karte zur Kontrolle vorlegen.

5. Beim Eintritt der Reise hat die Abmeldung zu erfolgen. Mitglieder, welche einem Zweigverein angehören, haben sich in diesem, Einzelmitglieder beim Verbandsvorstand abzumelden.

sammengestellt werden, wenn der einheitlichen antinationalen Bewegung eine einheitliche nationale Gegenbewegung entgegengekehrt wird, kann durch Schaffung einer hochgradig gemeinsamen, groß ausgefalteten Volksversicherung die Stoffkraft des sozialdemokratischen Vorgehens ausgeschaltet werden.

Dann wird eingeladen zu einer „ohne Berücksichtigung der politischen Parteistellung zu veranlassenden Besprechung“, um „Mittel und Wege zu finden, wie ein geschlossenes und wirksames Vorgehen aller national gesinnten, an der Lösung des Volksversicherungsproblems interessierten Kreise am zweckmäßigsten bewerkstelligt werden kann“. Bei der ungeheuren Bedeutung der nationalen und volkswirtschaftlichen Werte, die auf dem Spiele stehen, wenn die sozialdemokratische „Volksfürsorge“, ohne auf Widerstand zu stoßen, ihren Siegeszug durch Stadt und Land halten sollte, bitten wir Sie dringend um Ihr Erscheinen und um Ihre Mitarbeit an dem Plane einer gemeinsamen, den wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsnehmer und ihrer Leistungsfähigkeit voll gerecht werdenden nationalen Volksversicherung. Gilt es dringend geboten! Bereits am 1. Januar 1913 wird die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ ihre Tätigkeit beginnen.

Unterzeichnet ist das Schriftstück von Staatsminister v. Müller, v. Dewig-Odenburg (M. d. A.), Edelhoff (M. d. A.), Gräberger (M. d. A.), Fehder (M. d. A.), M. d. A.), v. Roedel-Wenten, Freiger (M. d. A.), Michajew-Wertich (M. d. A.), Schiffer (M. d. A.), M. d. A.), Bindler (M. d. A.). Mehr bedarf es nicht, um die politischen Absichten dieses Planes zu kennzeichnen, die auch aus dem Inhalt des Rundschreibens klar erkennbar sind. In den Unterzeichnern haben sich also schon Konserervative, Nationalliberale, Zentrum und Progressiven zusammengefunden, um ein wahrhaft sozialer Zweck dienendes, von höchsten Idealismus getragenes Unternehmen als „antinationale“ zu bezeichnen, damit die „nationalen“ kapitalistischen Profite nicht geschädigt werden! Wahrscheinlich, eine hervorragende Leistung „staatsverhaltender“ Politik! Wir gratulieren den Herren dazu und wünschen ihnen viel Glück! Zunächst werden sie sorgen müssen, die nötigen Gelder für das „große nationale Werk“ aufzutreiben. Wir glauben, sie werden da Enttäuschungen erleben. Man weiß, wie nutzlos die Summen verpulvert worden sind, die man dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt hat in der frohen Erwartung, die Sozialdemokratie nun bald „vernichtet“ zu sehen, und man dürfte daher in der Unterstützung derartiger „politischer“ Kampfkampagnen etwas vorsichtiger geworden sein. Aber wenn es auch wirklich glänge, die erforderlichen Gelder zusammenzubringen — die Entwicklung und Ausbreitung der „Volksfürsorge“ wird man damit nicht verhindern können. Dafür bürgt die Tatsache, daß dieses Unternehmen dem Willen der deutschen Arbeiterklasse selbst entspricht, ist, die, je mehr seine Gegner es bekämpfen, um so energischer für seine Verwirklichung und Ausgestaltung sich einsetzen wird!

Im Balkanrieg ist die erwartete letzte Entscheidung noch nicht gefallen. Immer deutlicher aber haben die Meldungen der letzten Tage erkennen lassen, daß es den türkischen Streitkräften, die in den bestehenden Kämpfen und infolge mangelnder Verpflegung furchtbar gelitten haben und die überdies unter dem lähmenden Eindruck ihrer fortgeschrittenen Niederlagen stehen, kaum noch gelingen wird, eine Wendung zugunsten der Türkei herbeizuführen. Die Bulgaren stehen bereits bereit, nicht nur von Konstantinopel, von dem sie nur noch durch eine türkische Verteidigungslinie getrennt sind, und auch die Heere der andern Balkanstaaten rücken beständig vor. Der Kampf um diese letzte Stellung vor Konstantinopel dürfte endgültig entscheidend sein. Auf ihn setzen die Türken ihre letzte Hoffnung. Vor einigen Tagen hatte sich die Porte an die Mächte mit der Bitte um Friedensvermittlung gewandt, neuerdings aber scheint man sich entschlossen zu haben, den Kampf bis zum letzten Atemfortzuführen. Lange kann aber dieser mörderische Krieg nicht mehr dauern. Inzwischen werden die diplomatischen Gravierungen unter den Großmächten fortgesetzt; von der gewöhnlichen „Einigkeit“ der Mächte ist aber gegenwärtig weniger zu merken als zuvor. Augenblicklich ist es der Gegensatz zwischen Österreich und Serbien, der die sonstigen Geschehnisse in bedenkliche Nähe gerückt hat. Österreich, unterstützt von Deutschland und Italien, will nicht zulassen, daß sich Serbien durch Annexion eines Teiles von Nordbalkanien einen Zugang zum Adriatischen Meer sichere und adriatische Häfen bekomme. Demgegenüber vertreten Frankreich und Rußland diese Forderung Serbiens als dessen gutes Recht. England verhält sich in diesem Punkte gütlich zurückhaltend.

Neben dem aufregenden Schauspiel auf dem Blutranden, Balkan ist ein anderer Vorgang nur wenig beachtet worden, obwohl er das wirtschaftliche Leben der Kulturwelt gleichfalls stark berühren wird. Wir meinen den Ausfall der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Wahlen ergaben eine erdrückende Mehrheit für Wilson, den Kandidaten der demokratischen Partei. Ihr Ausfall kann einen Umschwung der Wirtschaftspolitik Nordamerikas zur Folge haben, der auch auf Deutschland stark einwirken könnte. Wir werden gelegentlich darauf zurückkommen.

6. Die Adressen der Reiseunterstützungsausgeber und die Tageszeit, während welcher die Unterstützung ausbezahlt wird, sind auf den im Zweigvereins- und Abreisepasse angegebenen Herbergen zu erfahren. In Orten, für welche Herbergen nicht angegeben sind, ist die Adresse des Auszahlers und die Zeit der Auszahlung beim Zweigvereinsvorsitzenden respektive Kassierer zu erfragen.

7. Zweigvereine, welche Reiseunterstützung nicht auszahlen dürfen, sind im Zweigvereins- und Abreisepasseverzeichnisse mit einem Stern (*) bezeichnet.

8. Die Unterstützung wird an ein und demselben Tage nur in einem Zweigverein gegen Vorzeigung der Reiselegitimationskarte und des Mitgliedsbuches gezahlt. Am Abreiseparte wird Unterstützung nicht gewährt. In Zweigvereinen mit mehreren Unterstützungsstellen ist die Unterstützung an aufeinander folgenden Tagen zu erheben. Geschieht das nicht, dann kann der Rest später nicht mehr erhoben werden.

9. Die Unterstützung ist persönlich in Empfang zu nehmen und zu quittieren.

Besondere Bestimmungen für die Zweigvereine.

1. Alle Zweigvereine, die auf Grund des Statuts Reiseunterstützung ausbezahlen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstützung auszahlen haben. In der Regel soll der Zweigvereinskassierer damit betraut werden. Der Name des Auszahlers und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Herbergswirt mitzuteilen, damit dieser zureichenden Kollegen Auskunft geben kann.

2. Unterstützung darf nur ausbezahlt werden an Mitglieder, welche sich durch eine vom Verbandsvorstand ausgestellte Reiselegitimationskarte und ihr Mitgliedsbuch ausweisen können. Bei Prüfung der Legitimation ist darauf zu achten, daß die gedruckte Nummer der Karte mit der Nummer des Mitgliedsbuches übereinstimmt. Weiter ist darauf zu sehen, ob die Unterstützung an demselben Tage schon in einem andern Zweigverein gezahlt wurde. Wenn letzteres der Fall, dann ist die Zahlung zu verweigern.

3. Stimmt die Nummer der Reiselegitimationskarte mit der Nummer des Mitgliedsbuches nicht überein, dann ist beides (Buch und Karte) dem betreffenden Kollegen abzunehmen und dem Verbandsvorstande einzuliefern. Letzteres hat auch zu geschehen, wenn ein Mitglied versucht, an einem und demselben Orte die Unterstützung zum zweiten Male zu erlangen und sich auf der Herberge oder in der Wohnung des Auszahlers nicht anständig beträgt.

4. Der Unterstützungssatz beträgt M 1, und darf dieser Satz in keinem Falle an einem und demselben Tage an einen Kollegen mehr als einmal ausbezahlt werden. Ebenfalls darf der Unterstützungssatz von M 1 in allen Zweigvereinen, mit Ausnahme der im Statut § 34 Abs. 2, genannten, in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März an ein und dasselbe Mitglied nur einmal ausbezahlt werden. In Zweigvereinen, die für mehrere Tage zahlen müssen, darf die Auszahlung nicht für mehrere Tage auf einmal, sondern nur an aufeinanderfolgenden Tagen geschehen.

5. Der ausgezahlte Betrag ist unter genauer Angabe des Datums und deutlichem Abdruck des Stempels auf der Reiselegitimationskarte zu vermerken; auch ist der Betrag auf einer Auszahlungsliste von dem Empfänger zu quittieren. Die Auszahlungslisten werden regelmäßig mit den Quartalsabrechnungsformularen den in Betracht kommenden Zweigvereinen zugesandt. Die Auszahlungslisten sind mit der vierteljährlichen Abrechnung an den Vorstand einzuliefern.

6. Ein Teil der Unterstützung muß in bar ausbezahlt werden, während es den Zweigvereinen überlassen bleibt, für den Rest Unterkunft (Logis) usw. zu gewähren.

Ende von den Zweigvereinen für sich allein oder mit andern Gewerkschaften zusammen Herbergen eingerichtet, dann sind durchreisende Mitglieder verpflichtet, in denselben zu logieren, jedoch können Ausnahmen, je nach Lage der Sache, gemacht werden.

7. In den Herbergen ist der „Grundstein“ auszuliegen.

8. Nach Beendigung der Wanderschaft oder nach Ablauf der Unterstützung hat der Kassierer des Zweigvereins, wo sich das Mitglied meldet, in dem Mitgliedsbuch desselben, Seite 42, die Summe der laut Legitimationskarte empfangenen Unterstützung einzutragen und durch Stempel und Unterschrift zu bescheinigen. Die Reiselegitimationskarte ist dem Mitgliedsbuch abzunehmen und mit der Auszahlungsliste an den Verbandsvorstand einzuliefern.

Vermögensverwaltung

des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg.

Unter dieser Firma haben die derzeitigen Mitglieder des Verbandsvorstandes eine Gesellschaft gegründet, um den Verband den geistlichen Beistand zu schaffen, der notwendig ist zur sicheren Verfügung über die auf Hypotheken, Bank- und Sparanlagen belegten Verbandsfonds. Der Verbandsvorstand als solcher kann keine Gelder belegen und wieder abgeben, weil der Verband ein eingetragener Verein ist. Zurzeit sind die Vermögensstücke des Verbandes eingetragen auf die Namen einzelner Vorstandmitglieder. Wenn eines davon anscheidet, sei es wegen Todes oder anderer Ursachen, so entstehen Weitläufigkeiten und Kosten, unter Umständen langwierige Verhandlungen in der Verfügung über die Vermögensstücke. Alle diese Schwierigkeiten fallen weg, wenn die genannten

ist in allen Vereinen des Gau's durchgeführt. Eine Ausnahme macht nur der sehr alte Zweigverein Rudolstadt, obwohl die Hilfsarbeiter dort vor der Verschmelzung sogar 10 3/4 Zuschlag bezahlten. Die Sozialkassenbestände im Gau haben sich in der Berichtszeit nahezu verdoppelt, von M 54 170 auf M 104 866. Der durchschnittliche Markenumsatz betrug auf das Mitglied berechnet im Jahre 1911 27,83, in den ersten drei Quartalen 1912 aber erst 26,42, so daß im vierten Quartal noch zwölf Beiträge geleistet werden müssen, um eine einigermaßen gute Durchschnittsleistung zu erzielen. Den Delegierten wurde empfohlen, in diesem Sinne in den Vereinen zu wirken.

Die Lohnbewegungen waren, trotzdem sich nahezu alle größeren Orte in einem Vertragsverhältnis befinden, recht zahlreich. In 49 Zweigvereinen für 66 Lohngebiete wurden Lohnbewegungen, eingeleitet und durchgeführt. Die Lohnbewegungen erstreckten sich über 117 Orte mit 269 Unternehmern und 5298 Arbeitern. In 17 Fällen mußte zum Mittel des Streiks gegriffen werden. Von besonderer Bedeutung waren die Streiks in Coburg und Röhndorf. Die Kosten des Streiks beliefen sich auf rund M 35 500. Die erzielten Lohnsteigerungen verteilten sich folgendermaßen:

	1-2	3	4	5	6	7	8
	1-2	3	4	5	6	7	8

Zahl der beteiligten Kollegen... 30 145 2140 75 664 477 54 90 55 45

Die Lohnbewegungen verursachten dem Gauvorstand recht viel Arbeit. Denn erfahrungsgemäß muß er in den kleinen Orten nahezu alle Arbeiten zur Durchführung der Lohnbewegung selbst machen, während in großen Vereinen zur Vorbereitung dieser Arbeiten oftmals eine Sitzung genügt. Derjenigen Kollegen, die bei der Verschmelzung meinten, den zentralen Abschluß der Verträge werde der Gauvorstand vor Arbeit entlasten, müssen an den Umfang der Lohnbewegung erkennen, daß das in der Berichtszeit nicht der Fall war. Die Teilnahme an Versammlungen und die sonstige Tätigkeit im Gau war sehr umfangreich. Der Gauvorstand war vertreten in 455 Versammlungen, 124 Sitzungen und Besprechungen, außerdem bei 44 Revisionen und Abrechnungen, weiter bei 34 Verhandlungen mit Unternehmern. 61 Tage bei der Streikleitung, in 11 Sitzungen des Schiedsgerichts zweiter Instanz sowie auf 7 Konferenzen. Gemäß dem Wachstum des Gau's hat sich aber auch die Arbeit auf dem Gauvorstand sehr vermehrt. In Besprechungen waren 3284 Eingänge und 5055 Ausgänge zu verzeichnen. Außerdem wurden über 2000 Handzettel für kleinere Vereine angefertigt. Zur Verwaltung dieser umfangreichen Arbeiten mußten Hilfskräfte herangezogen werden. Der Kassenericht lag den Delegierten gedruckt vor. Kollege Schmitz schloß die Berichtserstattung mit den Worten, der Gauvorstand habe alles getan, was in seiner Kraft stand und dürfte einer sachlichen Kritik mit Ruhe entgegenstehen.

An der Debatte über den Vorstandsbericht beteiligten sich die Kollegen Dreßler-Rudolstadt, Freund-Reinigen, Vogt-Erfurt, Schuchardt-Erfurt, Reube-Gotha, Seddl-Mühlhausen und Müller-Jena. Im allgemeinen war man mit der Fortentwicklung des Verbandes im Gau sowie mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zufrieden. Daraus konnte auch nichts geändert werden, daß Erfurter Delegierte die Meinung vertraten, für das ausgegebene Geld hätte mehr geleistet werden müssen. Seddl-Mühlhausen verurteilte den Streik des Zweigvereins Mühlhausen gegen Eisenach wegen Ausweitung der Zahlstelle Mühlhausen aufzuführen. Die Konferenz ließ sich jedoch nach Ausführungen von Schmitz und Dörries-Eisenach nicht darauf ein. Ein Antrag des Zweigvereins Erfurt, wonach in Zukunft in den Sitzungen des Gauvorstandes ein Revisor mit amwesend sein soll, wurde angenommen und soll dem Verbandstage unterbreitet werden. Die beantragte Entlastung des Kassierers sowie des Gesamtgauvorstandes wurde beschlossen.

Ueber die bevorstehende Tarifbewegung hielt Kollege Rappolt-Gumburg einen Vortrag, dem die Delegierten mit großer Aufmerksamkeit folgten. Ausgehend von dem § 2 unseres Verbandsstatuts, wonach es als vornehmste Aufgabe des Verbandes gilt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Bauarbeiter auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen, schilderte Redner den Tiefstand der Löhne im Baugewerbe in früheren Zeiten. Er gab weiter ein Bild der gewaltigen Kämpfe im Baugewerbe, die geführt werden mußten, damit sich die Bauarbeiter erst einmal das Recht sicherten, die Arbeitsbedingungen mit festzusetzen. Eingehend behandelte er unser Tarifwesen und legte klar, wie töricht es sei, Personen für die jegliche zentralen Form unserer Verträge verantwortlich zu machen. Redner behandelte weiter die Erfahrungen des großen Kampfes 1910, ebenso die Härten mancher Schiedsprüfung. Als eine der Hauptaufgaben des Verbandes bezeichnete er es, die großen Lohnunterschiede in gleichartigen Orten beseitigen zu helfen. Den Feuerungsverhältnissen entsprechend, müssen wir auf Verbesserung der Löhne dringen. Gleichviel unter welchen Umständen die Bauarbeiter zu ihrem Recht kommen, müssen wir die Kämpfe des Verbandes immer weiter unterstützen, indem wir bereit sind, Disziplin zu üben und der Verbandsleitung Vertrauen entgegenzubringen. Lebhafter Beifall folgte den trefflichen Ausführungen. In der nach der Mittagspause stattgefundenen Diskussion sprachen die Kollegen Reube-Gotha und Schmitz in zustimmendem Sinne.

Ueber die Abänderung des Verbandsstatuts und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprach Kollege Frech. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Worten: Je mehr die einzelnen Berufsverbände dazu übergehen, sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen, seien auch die Vorbedingungen gegeben, daß Änderungen in den Statuten der Verbände Platz greifen müßten. Eine solche Änderung sei auch der vom Gauvorstand vorgelegte Entwurf zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband. Redner verwies auf die Verhandlung der Frage der Arbeitslosenunterstützung in den Verbänden der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Stuckateure vor der Verschmelzung. Der frühere Grand der Durchführbarkeit sei heute nicht mehr maßgebend. Vorläufige Berechnungen ergaben, daß unser Verband etwa 2 1/2 Millionen Mark für die Arbeitslosenunterstützung aufwenden müßte, was durch die vorgeschlagene Beitrags-

erhöhung sichergestellt ist. In den meisten Vereinen des Gau's Erfurt wurde man aber mit einer Erhöhung des Beitrages um 10 bis 15 % auskommen können. Organisatorisch sei heute die Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig, um größeren Einfluß auf die Bauhilfsarbeiter ausüben, die wegen der Arbeitslosenunterstützung in anderen Verbänden als Mitglieder der Verbande in den Drängen der Vertreter der Arbeiterchaft in den Kommunen gingen immer mehr Städte dazu über, das Center System einzuführen. Die Bauarbeiter sind aber in solchen Städten von dem Genuß der Unterstützung ausgeschlossen, weil ihre Organisation bei Arbeitslosigkeit keine Unterstützung zahlt. Für die Weiterentwicklung des Verbandes sei daher die Einführung der Arbeitslosenunterstützung von größter Bedeutung, auch die heute vorhandenen starken Schwankungen der Mitgliedszahlen könnten mehr eingedämmt werden. Weiter behandelte der Redner die Einführung eines Verbandsbeitrags, von Bezirksräten, die erhöhte Streikunterstützung und andere Punkte der Vorlage.

In der lebhaft geführten Diskussion kamen fast alle Vertreter der größeren Vereine zum Wort.

Sehr viele Vereine hätten Stellung zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung genommen. Über von sämtlichen Rednern wurde die Notwendigkeit der Unterstützung bestritten. Die Durchführbarkeit wurde angezweifelt und ausgesprochen, daß hinsichtlich der großen, dem Baugewerbe bevorstehenden Kämpfe wichtigere Aufgaben zu erfüllen sind. Kollege Rappolt verteidigte die Vorlagen des Verbandes. Insbesondere wandte er sich gegen die Ausführungen, der Verbandvorsitzende solle großen Kampfes aus dem Wege gehen. Folgender von den Delegierten des Zweigvereins Erfurt gestellter Antrag gelangte mit allen gegen drei Stimmen zur Annahme: „Die am 3. November 1912 tagende Konferenz des Gau's Erfurt unterbreitet dem Verbandstag folgenden Antrag: Der Verbandstag möge die Vorlage des Verbandvorsitzenden, zwecks Einführung der Arbeitslosenunterstützung, ablehnen. Die Konferenz hält die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband für befruchtbar.“

Weiter gelang ein von Bezirks-Vorstand gestellter Antrag zur Annahme, wonach der Gauvorstand den Zweigvereinen beistehen soll in der Auffstellung der Kandidaten zum Verbandstag; das konjunktive Wahlgesetz erfordert dies. Die Wahl des Gauvorstandes erfolgte per Akklamation und die Wiederwahl der bisherigen Gauvorstandsmitglieder, bis auf ein ausgeschiedenes Mitglied, an dessen Stelle Kollege Wohlfarth-Erfurt neu gewählt wurde; ferner als Ersatzmann die Kollegen Jäner und Karstedt-Erfurt. Bei der Wahl der Revisoren lehnten die bisherigen Kollegen die Wiederannahme des Amtes ab; auch die Delegierten des Zweigvereins Erfurt wollten ein solches Amt nicht annehmen. Der Vertreter des Verbandsvorstandes erklärte, daß der Gau in Folge der Obstruktion der Erfurter Delegierten ohne Revisoren bleiben müsse. Er stellte fest, daß ein Grund hierfür für die Erfurter Kollegen nicht vorhanden sei. Trotzdem wurde auf andere Weise, wenn nicht anders, so durch den Verbandsvorstand von Zeit zu Zeit revidiert werden. Hierauf war die Tagesordnung erledigt.

In einem kräftigen Schlusswort ermahnte der Vorsitzende Mühlhausen die Delegierten, die auf der Konferenz erhaltenen Anregungen praktisch in den Zweigvereinen zu verwerten. Mit neuen Kräften müsse an dem Ausbau der Organisation im Gau Erfurt gearbeitet werden. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband, in das die Delegierten lebhaft einstimmten, erfolgte Schluß der sehr interessant verlaufenen Konferenz.

Gau Karlruhe.

Die Konferenz tagte am 3. und 4. November in Karlruhe. Es nahmen an ihr 71 Delegierte, ein Vertreter des Hauptverbandes und die Mitglieder des Gauvorstandes. Von den Delegierten waren 39 Maurer, 16 Hilfsarbeiter und 12 Gipser oder Stuckateure, 2 Pfisterer, 1 Mörtler und 1 Zementierer. Zur Leitung wurden Fischer und Gortler als Vorsitzende, Eberwein und Scherer als Schriftführer gewählt. Die Tagesordnung wurde folgendermaßen festgelegt: 1. Berichte. 2. Die Lohnbewegung 1912. 3. Die Arbeitslosenunterstützung und 4. Neuwahl des Gauvorstandes. Der Geschäftsbericht war den Delegierten schriftlich ausgefertigt worden. Auch hier hat die Organisation gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl in den beiden alten Verbänden betrug bei der Verschmelzung 9026, davon traten 8465 = 93,7 % in den Bauarbeiterverband über. Im Jahre 1911 lag die Mitgliederzahl auf 11 417 im dritten Quartal, sie betrug jetzt 14 466. Von den Mitgliedern sind 8276 Maurer, 2899 Bauhilfsarbeiter, 1700 Erbauer, 1132 Gipser, 249 Zementierer, 86 Pfisterer, 53 Mörtler, 9 Leitergerüstbauer und 60 verteilten sich auf andere Berufsstände. Nach der Zahl der Neuaufnahmen hätte die Mitgliederzahl noch größer sein können; es sind in den zwei Jahren 14 072 Aufnahmen gemacht worden, da es sich aber um einen Grenzbezirk handelt, so ist das Durchlaufsvermögen sehr groß. Insgesamt gingen 9299 Mitglieder nur durch den Verband hindurch. Die Mitgliederzunahme beträgt trotzdem in den zwei Jahren 4923. Im Jahre 1910 wurden nach der Aussperrung für alle größeren Lohngebiete neue Tarifverträge abgeschlossen, doch blieben immer noch viele kleinere Lohngebiete übrig, in denen eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben war. So fanden 1911 und 1912 zusammen 110 Lohnbewegungen statt, die fast alle gut verliefen. Erreicht wurde im Jahre 1911: in 18 Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit für 2033 Arbeiter, in 31 Fällen eine Lohnsteigerung für 2661 Arbeiter. Die Lohnsteigerung betrug durchschnittlich 6,12 % pro Stunde. Im Jahre 1912 wurde erreicht: in 13 Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit und in 20 Fällen eine Lohnsteigerung. Für das Beton- und das Tiefbaugewerbe wurden 1912 das erstmalig statistische Erhebungen vorgenommen. Für das Tiefbaugewerbe wurden 140 Firmen mit 4921 beschäftigten Arbeitern gezählt. Weitete die Arbeitsleistung in diesem Beruf vor sich gegangen ist, lehren folgende ermittelte Berufsgruppen: Erdarbeiter, Betonmischer, Transporteure, Stumpfer, Einbauer, Zimmerer, Maurer, Zementierer, Kanalarbeiter, Steinsetzer, Hilfs-

arbeiter und Maschinenisten. Ähnlich liegt die Sache im Betonbaugewerbe. Hier erstreckte sich die Aufnahme auf 36 Lohngebiete; ermittelt wurden 146 Unternehmer und 2568 Arbeiter. Im Tiefbau sowie im Betonbau finden sich zahlreiche Aktiengesellschaften, die in fast allen größeren Orten ihre Zweigstellen unterhalten. Im Gebiet des Gau's Karlruhe befehlen 87 Tarifverträge, davon laufen 76 am 31. 11. 1913 ab. In der mühseligen Ergänzung des schiedlichen Berichts führte Kollege Gortler aus: Die Mitgliedschaft für das Baugewerbe im Gaugebiet war nicht günstig. In diesem Jahre war nur in drei Zweigvereinen gute Arbeitslosigkeit vorhanden, während in allen anderen Orten die Bauwirtschaft schlecht war, so daß unsere Kollegen teilweise mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Für die nächste Zeit liegen sehr viele große Bauprojekte vor; werden sie ausgeführt, so dürfte sich die Lage etwas bessern. Die Agitation ist recht lebhaft betrieben worden. Beachtenswert war der erste Versuch mit Frauenversammlungen; sie waren nicht überall den Wünschen entsprechend besucht, haben aber doch eine gute Wirkung hinterlassen. Der Bauarbeiterkampf liegt besonders in den kleinen Orten noch sehr im argen, die Bauarbeiterbestimmungen sind rückständig und veraltet, darüber sind sich auch die Aufständischen an manchen Stellen klar, doch getan wird nichts. Die Bemühungen in allen Vereinen eine gute Bau- und Massenführung zu erreichen, haben Erfolg gehabt. Bei den Lohnbewegungen haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Arbeiter in einzelnen Orten für ernsthafte Bewegungen noch nicht reif sind. Die Tarifverträge werden nur dann gehalten, wenn hinter ihnen eine gute Organisation steht. Der Arbeitgeberverband hat das Baugewerbe in Baden hat nach der Aussperrung einen Mitgliederverlust erlitten, desgleichen der Pfälzer Verband und auch der Mitteldeutsche. Ob sie die Einbuße jetzt wieder ausgleichen können, ist nicht bekannt. Die gegnerischen Arbeiterorganisationen, Christliche, Sozialisten und Selbst, haben im Gau wenig Bedeutung. Der Bericht wurde von den Delegierten beifällig aufgenommen. Anschließend daran wurde der Massen- und Revisionsbericht sowie der Bericht über den gemeinsamen Materialienbezug gegeben. In der folgenden, ausgedehnten Diskussion traten als Hauptthemen besonders hervor: Die Einführung der Beiträge, sorgfältiger als bisher, vorzunehmen, damit wir nicht immer an letzter Stelle mit der durchschnittlichen Beitragsleistung stehen sowie dafür Sorge zu tragen, daß wir in Stadt und Land Vertreter in den beherrschenden Körperschaften bekommen, um unsere Rechte besser wahrnehmen zu können. Es wäre von großem Vorteil für die Bauarbeiter, wenn ein Bezirkskollege in den Landtag käme. Dem Baudelegiertenstimm gebührt mehr Beachtung. Die Frauenversammlungen sollen wiederholt werden, die Erfolge werden dann auch nicht ausbleiben. Bei Ausführung von häßlichen Arbeiten sollen die im Lohngebiet anständigen Arbeiter zuerst berücksichtigt werden. Die gelernten Arbeiter sollen in der Agitation mehr darauf setzen, daß auch die Hilfsarbeiter für unsere Ideen gewonnen werden. Mit der Leitung des Bauarbeiterverbandes soll ein ernstes Wort geredet werden, damit in Zukunft Fälle, wie in Friedrichsfeld, nicht wieder vorkommen. Mit der Schweizer Organisation der Maler, und Gipser ist ein Grenzvertrag abzuschließen. Der gemeinsame Bezug von Material soll in Zukunft einheitlicher geschehen. Alle Delegierten waren mit der Tätigkeit des Gauvorstandes zufrieden; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Ueber die Lohnbewegung 1912 referierte der Vertreter des Hauptverbandes, Kollege Köpfer-Hamburg. Ausgehend von dem großen Kampfe 1910 schilderte der Redner die Entwicklung des Verbandes in den letzten zwei Jahren; sowohl mit dem Mitgliederstand, wie mit den Klassenverhältnissen des Verbandes können wir zufrieden sein und deshalb ruhig dem Jahre 1913 entgegengehen. Köpfer erörterte dann die tatsächlichen Maßnahmen für die nächste Zeit und fand damit den Beifall aller Delegierten. Ueber die Arbeitslosenunterstützung referierte Kollege Fischer. Redner stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz: „Auf der Kampfschärfe unserer Organisation unter der Arbeitslosenunterstützung, leidet“ und verneinte diese Frage. Wollte man allerdings diese Unterstützung einführen, ohne für die Deckung der hierdurch entstehenden Ausgaben zu sorgen, dann würde der Kampfschärfe gewaltig beeinträchtigt. In unserm Gau gingen die Meinungen der Kollegen weit auseinander. Die letzte Vorlage des Verbandsvorstandes sei das Ergebnis gewissenhafter Berechnungen. Es haben hieran aus Leute mitgearbeitet, die ein halbes Menschenalter die Bewegung genau verfolgt haben. Manches, was an diesem Entwurfe als mangelhaft erseheine, müsse durch spätere Erfahrungen verbessert werden. Leider könne die Unterstützung nicht gleich für das ganze Jahr gezahlt werden. Man glaube jedoch, in einigen Jahren auch diese Lücke ausfüllen zu können. Kollege Fischer besprach dann die Vorlage eingehend und mit großer Wärme. Die folgende Diskussion war lebhaft, aber durchaus sachlich. Nach etwa vierstündiger Debatte behandelte Fischer in seinem Schlusswort die verschiedenen Einwände. Gegen zwei Stimmen erklärte sich die Konferenz im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Im Anschluß hieran behandelte Gauvorsitzender Gortler die Frage der Delegiertenwahl zum nächsten Verbandstage. Die Konferenz gab sich mit den gemachten Aufforderungen zufrieden. Bei der Neuwahl des Gauvorstandes erfolgte die einstimmige Wiederwahl aller bisherigen Mitglieder. In seinem Schlusswort würdigte Kollege Gortler die Arbeiter der Konferenz und hob die erfreuliche Sachlichkeit, mit der man hier zwei Tage debattiert habe, rühmend hervor: Im Hinblick auf die kommenden Kämpfe rief er den Delegierten zu: „Seid einig!“ Die Bauarbeiter haben noch immer, wenn es sein mußte, ihren Mann gehalten. Hoffen wir, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Wir geben bewegten Zeiten nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern auch auf politischem entgegen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der nächstjährige Landtagswahlkampf alles bisherige in den Schatten stellen. Auch hier wollen wir unsern Mann stehen. Eine fruchtbare Mitarbeit im Interesse der Organisation wird uns auch über diese schweren Fragen hinwegbringen. Mit einem brausenenden Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband beendete die in jeder Hinsicht gut verlaufene Konferenz nach 4 Uhr ihr Ende.

Gau Nürnberg.

Am 3. November traten die Vertreter der Zweigvereine des Gaues 17 in Nürnberg zur ersten Gaukonferenz zusammen. 36 Zweigvereine hatten insgesamt 84 Delegierte entsandt. Ferner nahmen an der Konferenz teil: 16 Mitglieder des Gauvorstandes, Kollege Winnig vom Verbandsvorstand, ein Vertreter unserer Brudervereinigung Osterrichts sowie Genosse Schaller als Vertreter des Zimmererverbandes. Die Leitung der Verhandlung wurde den Kollegen Merkel und Wolfraim-Nürnberg als Vorsitzenden sowie den Kollegen Kupper-Schweinfurt und Oth-Sof als Schriftführer übertragen. Zur Prüfung der Mandate wurden die Kollegen Engler, Weig, Kolb, Schmitt und Simon bestimmt. Kollege Merkel gedachte einleitend unserer verstorbenen Kollegen Bömelburg. Den Bericht des Gauvorstandes erstatteten die Kollegen Merkel und Müller. Ersterer verwies auf den ungünstigen Geschäftsgang im Baugewerbe in den Jahren 1911 und 1912. Ständig hatte eine Anzahl der Kollegen unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Trotz alledem aber machte der Verband in der Berichtszeit einen schönen Fortschritt, was durch folgende Zahlen zum Ausdruck kommt: Von 9187 Mitgliedern der alten Organisationen am Schlusse des Jahres 1910 traten 9066 in den Deutschen Bauarbeiterverband. Die Zahl der Mitglieder stieg bis zum vierten Quartal 1911 auf 12.772 und am Schlusse des dritten Quartals 1912 zählten wir in unserem Gau 15.800 Verbandsmitglieder. Die Zunahme betrug während der Berichtszeit somit 6243 Mitglieder, wovon 1126 aus dem Stuttgarterverband zum Bauarbeiterverband übertraten. Die Zahl der Zweigvereine stieg seit dem Jahre 1910 von 35 auf 40. Durchschnittlich leistete jedes Mitglied im Jahre 1911 37,79, in den drei Quartalen des Jahres 1912 29,94 Beiträge. Die Zahl der verkauften Arbeitslosenmarken ist gestiegen, was durch den schließlichen Geschäftsgang im Baugewerbe erklärlich wird. Konnte der Deutsche Bauarbeiterverband eine so erfreuliche Entwicklung konstatieren, so blieb der christliche Bauarbeiterverband weit dahinter zurück. 1910 zählte die Organisation im Gau 882 und am Schlusse des Jahres 1911 968 Mitglieder. Die Unternehmerorganisation mußte sich — im Gegensatz zu den Arbeiterorganisationen — mit einem Mitgliederrückgang von 143 abfinden, so daß im März 1912 noch 981 dem Arbeitgeberverband angeschlossen waren. — Die gestiegenen Lohnbewegungen brachten unseren Mitgliedern gute Erfolge. Erreicht wurde im Jahre 1911 für 279 gelehrte und 986 ungelernete Kollegen eine Erhöhung der Stundenlöhne um 1 bis 13 %, für 79 gelehrte und 376 ungelernete Kollegen eine Arbeitszeiterhöhung von einer halben Stunde bis drei Stunden wöchentlich; im Jahre 1912 für 747 gelehrte und 688 ungelernete Kollegen eine Erhöhung der Stundenlöhne um 1 bis 13 %, sowie eine Vergrößerung der Arbeitszeit um eine Stunde bis drei Stunden wöchentlich. In der Agitation ist getan worden, was nach besten Kräften geleistet werden konnte. In 397 Verbandsämtern entfaltete der Gauvorstand während der Berichtszeit Referenten. Der Förderung der Agitation dienten 176 Sitzungen in den Zweigvereinen, an denen der Gauvorstand teilnahm. An 101 Tagen betrieß der Gauvorstand Gausagitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. Die Früchte dieser Tätigkeit kommen in der Mitgliederbewegung zum Vorschein. Mit dem an die Ganges in den Dienst der Bewegung zu stellen, schloß Kollege Merkel seine Ausführungen. Der vom Kollegen Müller gegebene Kasienbericht hatte folgende Ergebnisse: Im Jahre 1911 betrug die Einnahme M 3763,56 die Ausgabe M 5557,74, der Kasienbestand am Jahresausfluß M 2095,74. Die drei Quartale dieses Jahres brachten eine Einnahme von M 116,58 eine Ausgabe von M 6924,88. Am Ende der Berichtperiode war somit ein Kasienbestand von M 3191,83 vorhanden. Den Kasienfonds fanden während ihrer Tätigkeit keinen Anlaß zur Beanstandung der Kasienführung und beantragten, dem Kassierer Bedanke zu erteilen.

In der nun folgenden ausgedehnten Diskussion wurde der Wunsch laut, es möge nichts unberücksichtigt bleiben, um das viele Neben von Arbeitslosenmarkten einzuämmern. Ferner mögen die Delegierten zu Hause ihre Kollegen, die beschäftigt, in Nürnberg zu arbeiten, vor der Benutzung des Unternehmerarbeitslosenscheines warnen, damit der Zweck erreicht wird, den Arbeitgeber nicht diesem, dem Tarifgeheimnis widersprechenden Zutritt zu verschaffen. Deswegen werden gegen die Tätigkeit des Gauvorstandes nicht vorgebracht; er erhielt einstimmig Bedanke zu erteilen.

Ueber die Lohnbewegung referierte Kollege Winnig-Samburg. Seine vorzüglichen Ausführungen waren keine Prophezeiungen über die Entwicklung der Situation 1913, sondern zeigten uns reale Betrachtungen über die Verdrängung der Kampfkräfte seit 1910. Ferner erläuterte Kollege Winnig die Triebkräfte, die einen Kampf 1913 auslösen oder unvermeidlich machen. Die Arbeiter im Baugewerbe können der Zukunft mit Ruhe entgegengehen; denn die Ausgestaltung ihrer Kampfmittel bietet ihnen die Gewähr, daß sie mit den Unternehmern fertig werden, falls diese den Kampf wollen. Erfüllt jedes Mitglied seine Pflicht, so werden wir jeden Kampf siegreich bestehen. Von einer Diskussion nahm die Konferenz auf Antrag Abstand.

In dem folgenden Referat zur Statutenberatung und Erwerbslosenunterstützung erläuterte Kollege Merkel eingehend den vom Verbandsvorstand herbeigeführten Entwurf mit besonderer Berücksichtigung der Erwerbslosenunterstützung. — Merkel, der früher Gegner derartigen Unterstützungsanstalten war, hat erkannt, daß die Arbeitslosenunterstützung nach der heutigen Entwicklung der Organisationsverhältnisse für unsern Verband notwendig ist. Er wies nach, daß die Beschäftigung, der Kampfcharakter unseres Verbandes könne durch Einführung dieser Unterstützung geschwächt werden, grundlos ist. Das Gegenteil würde eintreten. — In der ausgedehnten und gründlich geführten Debatte trat nur ein Kollege prinzipiell gegen die Einführung dieser Unterstützung auf. Ein großer Teil der Redner hielt den Zeitpunkt für ungünstig und wünschte, daß diese Frage nach Erlebung unserer Tarifverneuerung erörtert wird. Die Abstimmung ergab, daß von 85 Delegierten 32 gegen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung stimmten. Weiter gelangte folgender Antrag Kiegler-Göddardt zur Annahme: „Dem § 20 Absatz 11 des neuen Statutenentwurfs ist folgende Fassung zu geben: Die Fassung der Streikunterstützung wird davon abhängig gemacht, daß sich die an einer Arbeitslosenunterstützung beteiligten

Mitglieder innerhalb des Streikgebietes täglich einmal zur Kontrolle melden. Für Mitglieder, die außerhalb des Streikgebietes ihren Wohnsitz haben, kann der Zweigverein Nebenkontrollstellen errichten. Die Streikunterstützung wird nach dem geleisteten Beitrag gezahlt.“ Ein Antrag, der Wegensburg als den Ort des nächsten Gausages in Vorschlag bringt, wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiegen.

Als Gauvorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Vár, Weidert, Gölzreiner, Merkel, Müller, Reiser und Wolfraim.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband schloß Kollege Merkel die Konferenz.

Zum Verbandstage.

Nach Aufnahme der Arbeitslosenstatistik und unter Berücksichtigung ihrer Ergebnisse unterbreitete der Verbandsvorstand der Kollegenliste eine Vorlage zur Erwerbslosenunterstützung. Sehr gewichtige Ereignisse müssen den Vorstand veranlassen haben, in der bevorstehenden kritischen Zeit damit zu kommen, wenn man in Betracht zieht, wie sehr dieser Unterstützungsgegenstand auf dem Verbandskörper einwirken wird und wenn man sich gegenwärtig, wie scharf sich unser verstorbenen Bömelburg auf den Verbandstagen zu Hannover und Leipzig gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen hatte. Will man die Vorlage kritisch würdigen, so ist zunächst zu untersuchen: Bringt sie uns Vorteile oder Schaden? Ist man in dieser Frage zu einem Resultat gekommen, so ergibt sich das übrige von selbst. Jeder aufmerksame Kollege kann beobachten, wie die industrielle Entwicklung auch im Baugewerbe wirksam ist, was durch eine immer weitergreifende Spezialisierung der Berufe sowie in der zunehmenden Verwendung von Maschinen zum Ausdruck kommt. Die Abhängigkeit der Berufsausübung von den Einflüssen der Witterung macht das Baugewerbe zu einem Saisongewerbe. Das alles verursacht eine große Arbeitslosigkeit. Hieraus entsteht bei vielen Kollegen das Bedürfnis, bei passender Gelegenheit den Beruf zu wechseln, und dadurch wird das Schicksal der Mitgliederberufen vergrößert. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wirkt diesen Nachteilen entgegen; aus dem Prinzip heraus, wonach einer für alle und alle für einen einstehen müssen, ist die Vorlage nur zu begreifen. Viele Kollegen werden nun sagen, durch die Einführung werden dem Verbands sehr viele Arbeit und Lasten aufgebürdet; um diese zu bewältigen, müssen mehr Kollegen angestellt werden und das kostet Geld. Dieser Einwand ist berechtigt, jedoch wiegen die großen Vorteile einer Arbeitslosenunterstützung entsetzliche Mehrarbeit und Kosten reichlich auf. Der Mitgliederstand wird sich bedeutend heftigen, das An- und Abmeldewesen wird besser durchgeführt werden können. — Die Gewährung von Nachen hat die Erfüllung von Pflichten zur Voraussetzung. Jemand, der Anspruch auf Unterstützung erhebt, hat vorher seine Pflichten dem Verbande gegenüber zu erfüllen. Dazu gehört außer der Beitragsleistung unter andern die Teilnahme an den Versammlungen, Abstimmungen, an dem Ausbau des Banddelegiertensystems und vor allen Dingen in der Bereitwilligkeit zur Übernahme eines solchen Postens. In diesem Punkt liegt noch sehr viel im Argen. Nur wenn die Mitglieder dem Pflichtengefühl auch gegenüber ihrer Organisation durchdrungen sind, können Erfolge erzielt werden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit wird unter der Kollegenchaft fester und tiefer werden. Wollen wir Erfolge erzielen, so müssen alle Mitglieder in einem festgelegten Ganzen zusammenstehen. Hierzu kann die Vorlage in hervorragendem Maße beitragen. Sie ist ein brauchbares Mittel zum guten Zweck. Unter Würdigung aller angeführten Gründe ist der Einführung der Vorlage die Zustimmung nicht zu verweigern. Nunmehr ist noch zu prüfen, soll das Gesamte gemeinschaftlich verwaltet werden, oder sind getrennte Kasien einzuführen. Ich bin für getrennte Kasienführung, um zu verhindern, daß ein eventuell fehlender Beitrag aus dem Kampffonds genommen wird. Auch sprechen sonstige Gründe dafür. Die Marken können einheitlich sein, in der Weise, daß zum Beispiel auf der Marke steht: 80 % für Verband, 20 % für Erwerbslosenunterstützung. Mit der Art der vorgeschlagenen Unterstützung bin ich nicht einverstanden. Der Vorstand hätte gleich ganze Arbeit machen und den Beitrag wie die Unterstützung auf das ganze Jahr ausbezahlen sollen. Ueber kurz oder lang wird dies doch kommen, oder will man durch den zehnten Monatsbeitrag die Einrichtung den Kollegen schmachvoller machen? Zum mindesten mußte der Monat Januar mit eingezogen werden. Dafür kann die Bezugsberechtigung für das zweite Quartal beseitigt und der dadurch ersparte Betrag für die Wintermonate verwendet werden. Beim Bezug der Unterstützung müssen die Beiträge in Abzug kommen. Der Vorstand schreibt in seiner Begründung, daß der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit im Januar und Februar doppelt so hoch ist wie in den übrigen Monaten. Das ist wohl richtig, aber die Unterstützung wäre im Winter viel segensreicher, und die Kollegen werden dem gern zustimmen: Um sicher zu gehen, kann der Beginn der Unterstützung für den 1. Januar 1915 vorgesehen werden, damit vorher genügend Kapital angesammelt wird. Die Zinsen dazu gerechnet erhalten wir so die Gewähr für eine sichere Unterlage, die sogar eine Erhöhung der Unterstützungsätze gestattet. Die geforderte Beitragserhöhung wäre auch gekommen ohne diese Vorlage. Ist man sich darüber einig, daß zur Erfüllung unserer Aufgaben der jetzige Beitrag nicht ausreicht, dann muß man den Erhöhung zustimmen. Eine andere Frage ist aber die, genügt der Mehrertrag oder nicht? Ich bejahe diese Frage, zumal der Vorschlag noch hinsichtlich. Der Durchschnittsbeitrag für alle Klassen im Jahre soll M 28,60 betragen, mit einem 20 pzt. betragenden Zuschlag, als niedrigsten Satz von M 5,72, zusammen M 34,32. Bei einer Beitragsleistung während des ganzen Jahres erhielte die Hauptkasse als Durchschnittsbeitrag M 83,80. Bedenkt man hinzu einen billigen Zuschlag von 20 pzt., so erhöhte sich der Gesamtbeitrag um M 6,96, also auf M 41,18. Auf-rund 350.000 Mitglieder berechnet erhielte

die Hauptkasse eine Mehreinnahme von M 245.000. Es könnten dann auch die Sätze, die bisherige Berechnungsart der Krankenunterstützung, bestehen bleiben, worin die neue Vorlage eine bedeutende Verschlechterung bringt. Soll etwas Gutes und Nützliches geschaffen werden, so soll man den Beitrag für das ganze Jahr erheben, um dafür den Mitgliedern in den Wintermonaten die Wohlfahrt der Unterstützung zu gewähren. Im übrigen haften der Vorlage noch manche Mängel an, die Kollegen müssen durch geeignete Anträge zu ihrer Verbesserung beitragen. Alles in allem kann dem Verbande durch Annahme der Vorlage nur Nutzen erwachsen.

Bernhard Meyerstedt, Bremen.

Wollte man die Menge der gestellten Änderungsanträge als Gradmesser vorhandener krankhafter Zustände im Organisationskörper gelten lassen, so könnte man in Berücksichtigung der bereits vorliegenden Anträge zu der Annahme verleitet werden: „Der Deutsche Bauarbeiterverband habe nur sehr wenig Gefundes.“ Die Entwicklung, die unsere Organisation in der kurzen Zeit ihres Bestehens genommen, steht aber mit der gezogenen Schlussfolgerung im Widerspruch. Es drängt sich mir deshalb die Frage auf: Sind alle die gestellten Änderungsanträge dringendes Bedürfnisse? Ist die weitere Entwicklung der Organisation abhängig von der umgehenden Einführung resp. Durchführung der vorgeschlagenen Änderungen? Ich glaube bestimmt, daß die Beantwortung dieser Frage mit einem einfachen „Ja“ nicht das Richtige treffen würde. Ein Teil der Vorschläge scheint mir sogar geeignet, krankhafte Zustände herbeizurufen. Das trifft für den in der beantragten Form zu schaffenden „Beirat“ zu. Ein neuer Organisationskörper soll, neben den Bezirksräten, dem Verbandsvorstand bei der Erlebung der im § 8 Abs. 3 bezeichneten Maßnahmen vom Verbandstag zur Seite gestellt werden. Es ist in der Vorlage nicht gesagt, ob der „Beirat“ aus besoldeten oder nichtbesoldeten Kollegen bestehen soll. Jedenfalls ist das letztere richtig. Denn sollten die ersten herangezogen werden, so genigte die jetzige Einrichtung vollständig. Sollte der Verwaltungsausschuss zu umfangreich geworden sein — was ich keineswegs annehme — so könnte dadurch, daß die beiden Gauvorsitzenden (nach der Vorlage Bezirkssekretäre) abwechselnd an den Sitzungen teilnehmen, Abhilfe geschaffen werden.

Die in den Beirat gewählten Kollegen müssen die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse ihres Bezirkes beurteilen können, das ist zur Durchführung der ihnen obliegenden Maßnahmen dringend notwendig. Ein derartiges Urteil kann aber am besten der Kollege abgeben, der täglich im Bezirke tätig ist. Der seiner beruflichen Arbeit täglich nachgehende Kollege mag nach so tüchtig sein, die Ziele der Organisation noch so klar beherrschen, sein Urteil in den obengenannten Angelegenheiten würde durch die Bedürfnisse der engeren örtlichen Verhältnisse beeinflusst sein. Ich empfehle deshalb, den Beirat je zur Hälfte aus besoldeten und unbesoldeten Kollegen zusammenzusetzen, und zwar so, daß auf die jetzigen Gauobere die zwei Kollegen entfallen. Der besoldete Kollege sollte ein Bezirkssekretär sein. Der unbesoldete Kollege wäre auch nicht auf dem Verbandstage, sondern zweckentsprechender auf dem Gau resp. Bezirksstage zu wählen. Nun ist sicher auch dieser Vorschlag nicht fadenlos, und nicht jedem Kollegen sympathisch. Es ist leider, auch in unserer Organisation die Ansicht verbreitet, die angestellten Kollegen seien nicht in der Lage, die Interessen der beruflich tätigen Kollegen in einwandfreier Weise zu vertreten. Der Verbandsvorstand sollte alles tun, um dieser Anschauung entgegenzuwirken. Mit dem Vorschlage zu § 6 Absatz 3 wird das Gegenteil bewirkt werden. Die Tätigkeit der Sekretäre wird dem Urteil der Kollegen entzogen. Die Bezirksstage behalten wohl das Vorschlagsrecht, die Anstellung erfolgt durch den Verbandsvorstand. Meines Erachtens werden die Vorschläge nach ihrer eventuellen Einführung alles andere, nur keine Gesundung ermöglichen.

Ebenso kann ich die vorgeschlagene Erhöhung der Mitgliederbeiträge zur Entsendung der Verbandsstagesdelegierten von 1000 auf 2000 als nicht glänzend bezeichnen. Schon bei der Durchsicht der diesjährigen Wahlfreizeiteilung tritt die unangenehme Erscheinung zutage, daß eine ziemlich große Anzahl von Zweigvereinen bereinigt werden muß, um auf dem Verbandstage vertreten zu sein. Im Kandidatenbezirk 4, im Gau Hamburg, entfällt bekanntlich auf 33 Zweigvereine ein Delegierter. Ich glaube kaum, daß der Gewählte die Bedürfnisse aller dieser Zweigvereine genügend kennt, um sie nach allen Richtungen auf dem Verbandstage vertreten zu können. Von der Annahme der Vorschlagsvorlage ist hierin eine Besserung nicht zu erwarten. Auch der weitere Vorschlag halte ich für verfehlt, wonach für den Bezug der Streikunterstützung eine schrittweise Karenzzeit eintreten soll. Mögen andere Organisationen mit dieser Einrichtung zum Teil „gute“ Erfahrungen gemacht haben, der Bauarbeiterverband sollte an seiner bisherigen Stellungnahme in dieser Frage nicht rütteln. Keine Organisation, die als Kampfgemeinschaft existiert, kann sich bei der Gewinnung neuer Mitglieder so auf das platte Land angewiesen als gerade unsere Organisation. Keine Organisation hat deshalb so wie unsere Arbeitslosigkeit und Rückständigkeit der zu gewinnenden Kollegen zu rechnen als unser Verband. Eine große Anzahl unserer Berufslosen befindet sich in einer Abhängigkeit, daß man sie als Sklaven ihres Eigentums bezeichnen kann. Die Aufhebung gegen die wirtschaftlichen Nachhaken bedeutet für sie oft den wirtschaftlichen Ruin. Sehr oft entsteht in solchen Orten die Organisation in der Erwartung augenblicklicher Erfolge, für die folglich, womöglich mit Hilfe der Arbeitslosen, gekämpft werden muß. Wohl ist richtig, daß zur Förderung wirtschaftlicher Kämpfe eine durchgebildete Kampferfahrung gehört, wozu eine längere Dauer der Mitgliedschaft erforderlich ist. Oftmals ist es aber unmöglich, die Kollegen auf eine sechsmonatige Mitgliedsdauer zu beschränken. Nämlich wir also diesen Stein beiseite. Einen Schaden trägt die Organisation auf keinen Fall.

Die Erwerbslosenunterstützung dürfte meines Erachtens einen nennenswerten Streit über die Zweckmäßigkeit der Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverbande nicht hervorrufen. Wenn auch bisher diese Frage durch bloße Handbewegungen erledigt worden ist, so dürfte für die Mehrheit unserer Kollegen feststehen, daß die Einführung

der Arbeitslosenunterstützung auch in unserer Organisation nicht zu umgehen ist. Die „grundständlichen“ Bedenken, die heute von einem Teil unserer Kollegen noch geäußert werden, wonach eine Gefährdung des Kampfscharakters befürchtet wird, sollen zurückgestellt werden. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland beweist jedenfalls, daß die Strohtrast mit der Einführung der Unterstützungen nicht gekillt hat. Im Gegenteil, durch die Einwirkung der Mitglieder, die oftmals nur durch Unterstützungsanstalten möglich war, ist diese Strohtrast gefördert worden. Der Begründung, die der Verbandsvorstand dieser Vorlage gab, kann man nur zustimmen. Es wäre nur die Frage zu unteruchen, ob der augenblickliche Zeitpunkt der geeignete, diese Unterstützung einzuführen. Das Urteil, auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage gefällt, kann nur bescheiden ausfallen. Eine nennenswerte Besserung der Wirtschaftslage ist im Augenblicke für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Den Druck der Arbeitslosigkeit auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Einführung einer Arbeitslosenunterstützung abzuschwächen, entspräche vollständig den Zielen unseres Verbandes. Auch die Werbung neuer Mitglieder wird durch die Unterstützung der Arbeitslosen gefördert. Trotz dieser für die Einführung sprechenden Gründe halte ich den jetzigen Zeitpunkt dafür als ungeeignet. Nur noch wenige Monate, und wir stehen vor der Neuordnung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Mögen sich diese Verhältnisse nun entwickeln wie sie wollen. Sicher ist, daß jede Organisation auch in solchen Fällen, Mühe auf die Gesamteinrichtungen nehmen muß. Man sollte deshalb diese Angelegenheit bis zum nächsten Verbandstage vertagen. Sogar kommt, daß die rechtlichen Unterlagen zur Wahrheitsfähigkeitsberechnungen, die es fraglich erscheinen lassen, ob die Schätzungen richtig in Rechnung gestellt sind. Nach den Angaben des Verbandsvorstandes kommen 1911 bei 40 vorgeschriebenen Wochenbeiträgen auf das Mitglied 37,90 Beiträge. Nach der jetzigen Vorlage sind 44 Wochenbeiträge vorgegeben, die der Verbandsvorstand in Rechnung stellt. Es wäre wohl richtiger, nur eine Durchschnittsleistung von 41,0 Wochenbeiträgen anzunehmen. Zur Ergänzung meines Verlangensvorschlages empfehle ich, daß in diesem Jahre teilweise eingeführte Päckchen auf sämtliche Mitglieder auszugeben und für die nächsten ein bis zwei Jahre fortzusetzen. Wären die ausgegebenen Karten auch nur bis auf ein Drittel wieder ein, so hätte man doch die Angaben von etwa 200 000 Kollegen als Unterlage. Die zukünftige Verrechnung erhielte dadurch jedenfalls mehr Wirklichkeit als Wahrscheinlichkeitswert. Weiter sollte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht auf Kosten der bereits längere Jahre organisierten Kollegen geschehen. Die Kürzung der Kranken- und Sterbeunterstützung, wie sie in der Vorlage für die länger als achtjährigen Mitglieder vorgegeben ist, halte ich nicht für angebracht. Mit den übrigen Vorschlägen kann man sich einverstanden erklären.

Karl Hermann, Eisenach.

Wenn man sich eine Zeitlang mit der Vorlage des Verbandsvorstandes beschäftigt hat, findet man bald, daß die unabwendbare Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur dadurch hervorgerufen worden ist, weil man eine Beitragsberhöhung plant und nicht recht weiß, wie das anzufangen ist. Wir sind stets Anhänger der Verschmelzung mit verwandten Organisationen gewesen; soviel steht aber fest, wäre der Maurerverband noch in einer besonderen Organisation, an die Arbeitslosenunterstützung würde noch lange nicht gedacht. Die wenigen Anträge aus den Zweigvereinen zu den verschiedenen Verbandstagen können doch für den Verbandsvorstand nicht maßgebend gewesen sein, seine grundsätzliche Stellung in dieser Frage zu ändern. Zu dieser Ueberzeugung gelangt jeder, der die Erklärungen des Vorstandes, durch den Kollegen Böhmelt auf den Verbandstagen abgegeben, nachliest. (Protokoll 1901, Seite 205 und 210; Protokoll 1905, Seite 260; Protokoll 1908, Seite 171 und 190 und Protokoll 1910, Seite 97 bis 100.) Der Verbandstag 1907 hat es abgelehnt, in die Erörterung der Anträge zur Arbeitslosenunterstützung einzutreten. (Protokoll 1907, Seite 454.) Nun wird von den Anhängern gesagt, der Mitgliederstand wird durch eine Arbeitslosenunterstützung gestärkt. Das Gegenteil trifft zu. In den Genuss der Unterstützung kommen doch nur die Mitglieder in den Großstädten, die infolge der in hoher Blüte stehenden Affordarbeit in vielen Fällen sogar im Sommer einige Wochen arbeitslos sind, die dann aber immerhin erst den Affordüberfluß verbrauchen können. Wenn kommen die Kollegen auf dem Lande in die Lage, Unterstützung zu beziehen. Wodurch wird diese nicht arbeitslos, auch nicht mal die Kollegen in den mittleren Städten. Es gibt sogar größere Bezirke, in denen fast das ganze Jahr hindurch Mangel an Arbeitskräften besteht; zum Beispiel im westfälischen Kohlengeld. Wenn die Zweigvereine den Arbeitsnachweis besser einrichten und schließlich auch mal mit einem derben Wort die ledigen Kollegen zu bewegen versuchen, nach Orten, wo Arbeitskräfte fehlen, abzureisen, so würde die Frage der Arbeitslosenunterstützung weit später reif sein. Der Verbandsvorstand wird wissen, daß eine Kontrolle der Kollegen auf dem Lande gar nicht möglich ist. Viele Kollegen suchen sich sogar im Falle wirtschaftlicher Arbeitslosigkeit andere Beschäftigung, und daraus ergibt sich, daß diese ländlichen Kollegen nur eine Beitragsberhöhung erhalten. Andere Anhänger behaupten, der Widerstand einiger Kollegen gegen den Hebertritt aus anderen Verbänden zu uns werde damit gebrochen. Was nützen dann aber die Beschüsse des Hamburger Gewerkschaftsfongresses zur Weitzung der Grenzstreitigkeiten, zu denen man nach langen Verhandlungen gelangt? Was nützen alle Kartellverträge mit den uns verwandten Organisationen? Es bedeutet das alles ja nur Zeit- und Geldvergeudung, wenn nachträglich doch zu dem Rodmittel der Arbeitslosenunterstützung gegriffen werden muß. Es ist viel richtiger, daß man sich wegen Erfüllung solcher Beschüsse an die Vorstände der Verbände wendet mit dem Ersuchen, die betreffenden Mitglieder der zuständigen Organisation zu überweisen. Sind solche Kollegen dann erst bei uns, kann ihnen schon gemacht werden, daß sie Mitglieder einer Kampfbewegung

sation sind und nicht in einer Unterstützungsvereinigung. Nun würde man sich noch weniger gegen die Vorlage wenden können, wenn die Arbeitslosenunterstützung ohne Beitragsberhöhung durchgeführt werden könnte. Wir sind in Diefeld trotz aller modernen Einrichtungen mit 5 3 Lotalszuschlag ausgenommen. Wir hatten sogar im vorigen Jahre auf 4 000 Ueberfluß. Nun sollen den Zweigvereinen die Anteile genommen werden. Wir müßten also in Zukunft mit den Beiträgen um 15 3 pro Woche aufsteigen. Glaubt denn auch nur einer, daß dann auf dem Lande noch Mitglieder gewonnen werden können, wo heute schon manche Kollegen durch ihre Frauen von der regelmäßigen Entlohnung der wöchentlichen Beiträge abgehalten werden. Wer nur in großen Versammlungen redet und vom theoretischen Standpunkt aus die Frage beurteilt, dem wird die Praxis mit der Zeit fremd. Wobin es führt, wenn der lätigen Kollegen auf dem Lande in die Agitation durch die enorme Beitragsberhöhung das Wasser abgegraben wird, ist heute nicht zu übersehen. Alle schönen Reden, die Kollegen müssen darüber aufgestellt werden, ziehen letzten Endes auch nicht mehr. Der Verbandsvorstand sollte bedenken, daß „Beitragszuschlag“ auch eine Grenze hat. Das hat Kollege Böhmelt 1910 in Berlin auch gesagt. Soll die Arbeitslosenunterstützung auf Kosten des höheren Beitrags durchgeführt werden, dann brauchen wir sie erst recht nicht. Entschieden richtiger wäre es gewesen, hätte der Verbandsvorstand den Kollegen gesagt: „Die Erhebung eines Extrabeitrages für die nächstjährige Lohnbewegung ist nicht erforderlich. Die vorhandenen Mittel reichen aus. Sorgt aber dafür, daß strenge Disziplin geübt wird, damit der Sieg unser ist.“ Eine solche Bekanntgabe hätte Kampfesfreudigkeit erzeugt. Jetzt wird in den Versammlungen die Zeit mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung verbracht und die Lohnbewegung in den Hintergrund gedrängt. Wenn nun wider Erwarten der nächstjährige Kampf für uns ein unglückliches Ende nehmen sollte, wird die Unterstützung dann auch eingeführt? Weil das eben keiner weiß, deshalb sollte man die Kollegen nicht unnötig beunruhigen. Seit einer Reihe von Jahren können wir beobachten, daß die Unterstützungsfrage bei jeder Statutenänderung heraufgeholt wurden und eine Beitragsberhöhung zum Vorzeichen kam. Dasselbe auch diesmal. Durch die Vorlage der Arbeitslosenunterstützung wird die Beitragsberhöhung verdrängt. Für vollständig verfehlt halten wir auch die Art und Weise, mit der der Verbandsvorstand seinen Plan veröffentlicht. Hätte er sich vorher in den Zweigvereinen erkundigt, wie sich die Vorstände dazu stellen, ähnlich wie im Jahre 1907 vor der Erhebung des Extrabeitrages, oder wie 1910 vor der Verschmelzung, die Sache wäre weit gefasster. Auf den Gastonferenzen wird wenig darüber diskutiert werden können, weil die Zeit fehlt. Auf der Konferenz in Hamm wurde, nachdem einige Redner dagegen gesprochen hatten, die Sache abgelehnt mit dem Hinweis, die Angelegenheit in den Zweigvereinsversammlungen zu diskutieren. Wenn das Resultat der Erörterungen aber vom Gau- oder Hauptvorstand nicht gesammelt wird, dann hat auch die Debatte in den Zweigvereinen keinen Zweck. Schon deshalb nicht, weil die übergroße Zahl der kleineren Zweigvereine aus dem Verband durch einen Delegierten vertreten sein wird, der die Ansicht seiner Wähler nicht kennt und umgekehrt auch die Wähler nicht die Ansicht des Delegierten. Hat der Verbandstag dann entschieden, müssen sich die Zweigvereine wohl oder übel mit dem Ergebnis abfinden. Trotzdem ist schon feststehend, daß die Vorlage eine große Gegnerchaft findet, steht in der Vorbemerkung zu den Artikeln der Einleitung im „Grundstein“, Nummer 44, geschrieben, daß die Einführung — selbstverständlich — nicht von der Ansicht der Artikelreder abhängt. Mit anderen Worten: Macht Euch nicht allzu viel Mühe, es wird wenig nützen. Es wäre doch wohl richtig, in dieser tiefstehenden Frage den Ansichten der Gesamtorgane Rechnung zu tragen. Es könnte sich andersfalls die gute Arbeit des Verbandsvorstandes in einen dauernden Schaden für die Organisation umwandeln.

Der Zweigvereinsvorstand Diefeld.

J. A. B. Schüller.

Anmerkung der Redaktion: Zu dem Schluß dieser Aeußerung des Diefelder Zweigvereinsvorstandes eine kurze Bemerkung: Er hat unsere Einführungszeiten zu diesem Meinungsaustrausch in Nr. 44 ganz falsch aufgeführt. Wir schreiben: „Eine feste Gewähr für den Abdruck können wir allerdings nicht bieten. Die Entscheidung wird jedoch — selbstverständlich — nicht davon abhängen, wie sich die Einführer zu den Vorschlägen des Vorstandes stellen.“ Kollege Schüller oder der Zweigvereinsvorstand hat jenen Satz so aufgeführt, daß die Entscheidung über die Arbeitslosenunterstützung nicht davon abhängt, wie sich die Einführer zu den Vorschlägen des Vorstandes äußerten, während die Redaktion meinte, sie würde ihre Entscheidung, ob die oder jene Einführung abzuwenden sei, nicht davon abhängig machen, ob die Einführer den Vorschlägen zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen, sondern davon, ob sie etwas Sachdienliches sagen und ob sie die alten Vorbedingungen erfüllen. Deutsche Schrift, einseitig beschriebenes Papier usw.“ Es ist schwer zu erklären, wie dieser Irrtum möglich war; er macht aber seinerseits die Stellungnahme der Diefelder Kollegen erklärlich: wer so flüchtig und gedankenlos liest, kommt auf alle Fälle zu solchen Urteilen.

Ungetreue Kassierer.

Am 31. Oktober wurde der frühere Hilfskassierer Max Sypor vor der ersten Strafkammer zu Breslau wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern in Höhe von 1.318 36 zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Vät Monate hatte man ihm Frist gelassen, diese geringe Summe abzugeben. Da er durchaus keinen guten Willen zum Bezahlen zeigte, erfolgte die Anweisung.

Mitgliedstellung. Der kürzlich wegen Vertretung von Verbandsgeldern bestrafte Unterfahler des Zweigvereins Weimar heißt nicht Karl Schlegler, Maurer, wie in Nr. 44 des „Grundstein“ angegeben ist, sondern Karl Spiegler, Hilfsarbeiter.

Ergebnis der Arbeitslosenzählung vom 28. September.

Vorur wir das Resultat vom 28. September besprechen, haben wir etwas richtigzustellen. In der Veröffentlichung des Ergebnisses der Zählung vom 31. August in Nummer 41 des „Grundstein“, und zwar in der Tabelle sind einige Druckfehler versehenlich unkorrigiert geblieben: Unter „arbeitslos wegen Arbeitsmangels“ muß in der zweiten Zeile (Provinz Pommern) in der Rubrik „Hilfsarbeiter“ anstatt 90 die Zahl 99 stehen, in der neunten Zeile (Provinz Hannover usw.) in der Rubrik „Stuttareure“ anstatt 93 die Zahl 23 und unter (arbeitslos) „nach Berufen“ in der zehnten Zeile (Schleswig-Holstein usw.) in der Rubrik „Bemerkungen“ anstatt 23 die Zahl 28 stehen.

Vom 28. September berichteten 934 Zweigvereine, 81 weniger als am 31. August. Diese 934 Vereine hatten 333 161 Mitglieder, von denen 301 871 befragt wurden. Von den Befragten waren am 28. September 277 657 = 92,0 pSt. in Arbeit und 24 214 = 8,0 pSt. arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 17 870 Arbeitsmangel, bei 302 Mitterungsverhältnisse und bei 6542 Krankheit. In Prozenten ausgedrückt waren arbeitslos: 6,75 pSt. wegen Arbeitsmangels, 0,10 pSt. wegen Mitterungsverhältnisse und 2,16 pSt. wegen Krankheit. Von den einzelnen Berufsgruppen waren die Stuttareure am stärksten, die Maurer am wenigsten betroffen. Von den Stuttareuren waren 11,90, von den Maurern 6,96, von den Zementseuren 10,01, von den Hilfsarbeitern 9,45, von den Erdbauern 7,51 und von den Holzern 7,96 vom Hundert arbeitslos. Nach den Gesamtzahlen war also die Arbeitslosigkeit, am 28. September geringer als am 31. August. Das trifft aber nur bedingt zu. Am 31. August hatten verhältnismäßig viele Mitglieder wegen schlechter Witterung feiern müssen, nämlich 3757 gegen 302 am 28. September. So erwünscht es war, daß auch einmal, besonders in einem Regenmonat wie es der August war, der Einfluß der Witterung auf die Arbeitslosigkeit zur Geltung kam, so sehr bedarf es jetzt des Hinweises, daß das Resultat im August ausnahmsweise durch die Witterung beeinflusst wurde. In Wirklichkeit fand die speziellen Zahlen über Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangels der richtige Gradmesser für die Arbeitslosigkeit. Und wegen Arbeitsmangels waren am 28. September mehr Mitglieder arbeitslos als am 31. August, am 31. August mehr als am 27. Juli. Die entsprechenden Zahlen waren am 27. Juli 13 271 = 4,4 pSt., am 31. August 15 225 = 5,08 pSt. und am 28. September 17 870 = 5,75 pSt. Der Mangel an Arbeitsgelegenheit nahm also ab Juli bestimmt und wesentlich zu.

Den höchsten Prozentsatz von Arbeitslosen hatte am 28. September die Provinz Brandenburg mit 16,1 pSt., den niedrigsten die Provinz Westfalen mit 4,5 pSt. Ueber den Reichsdurchschnitt von 8,0 pSt. hinaus hatten folgende Landesteile Arbeitslose: Brandenburg 16,1 pSt., Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck 10,2 pSt., beide Mecklenburg 8,5 pSt. und Königreich Bayern ohne Rheinpfalz 15,1 pSt. Unter 8,0 pSt. hatten: Ost- und Westpreußen und Posen 7,5 pSt., Pommern 5,1 pSt., Schlesien 6,4 pSt., Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt 7,6 pSt., Sassen-Massau und Großherzogtum Sassen 6,7 pSt., Rheinprovinz 6,0 pSt., Westfalen, Lippe und Waldeck 4,5 pSt., Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen 6,0 pSt., Königreich Sachsen 5,5 pSt., Württemberg, Baden und bayerische Rheinpfalz 5,2 pSt. und Elsaß-Lothringen 5,7 pSt. — Den Grad der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landesteilen während der Monate April bis einschließlich September dieses Jahres veranschaulicht nachstehende kleine Tabelle:

Landesteil	27. April	18. Mai	29. Juni	27. Juli	31. Aug.	28. Sept.
Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen	10,3	7,2	6,5	4,7	4,8	7,5
Provinz Pommern	5,0	3,7	4,3	4,5	5,1	6,1
Provinz Schlesien	8,9	8,6	6,3	6,0	6,0	5,4
Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin)	14,8	15,1	13,7	14,2	14,7	16,1
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten u. Anhalt	6,2	5,3	5,4	4,7	7,1	7,6
Provinz Sassen-Massau und Großherzogtum Sassen	8,1	7,2	6,1	5,7	6,2	5,7
Rheinprovinz	8,3	8,2	7,1	6,3	6,9	6,0
Provinz Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	6,0	4,3	4,3	4,4	5,3	4,5
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	6,5	5,5	5,7	5,2	8,2	6,0
Provinz Schleswig-Holstein und Staatsgebiet Hamburg und Lübeck	8,5	6,9	5,8	7,1	8,6	10,2
Beide Mecklenburg	7,1	5,7	5,6	6,0	7,9	8,5
Königreich Sachsen	5,6	4,5	5,0	4,4	5,7	5,5
Königreich Bayern (ohne Rheinpfalz)	11,1	10,9	11,3	11,4	15,9	15,1
Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden u. bayerische Rheinpfalz	5,0	4,6	4,9	3,8	13,1	5,2
Elsaß-Lothringen	19,6	17,2	12,9	10,8	10,4	5,7
Reichsdurchschnitt	8,3	7,3	6,9	6,6	8,5	8,0

Während im Bauereise 8,0 pSt. arbeitslos waren, stellten sich die Arbeitslosigkeit im September, nach den Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblattes“, im Metallarbeiterberufe auf 1,3 pSt., im Holzarbeiterberufe auf 2,4 pSt., in den allgemeinen Fabrikbetrieben auf 0,9 pSt. und im Transportgewerbe auf 0,9 pSt. — Von den am 28. September als arbeitslos gezählten Mitgliedern fanden nach den Berichten der Zweigvereine 1854 in anderen Berufen Unterkommen.

Landesstell	Zahl der berichtenden Zweigvereine	Zahl der Mitglieder	Zahl der Befragten	Von den befragten Mitgliedern waren																													
				nach Berufen					arbeitslos		nach Berufen					arbeitslos wegen Arbeitsmangels					arbeitslos wegen Altersverhältnisse					arbeitslos wegen Krankheit							
				in Arbeit	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	in Betrieben	in Prozenten	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler	Handwerker	Landwirtschaftler							
Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen.	60	16810	15786	14555	8285	167	5746	244	109	4	1181	7,5	578	38	555	6	9	—	447	19	456	5	9	—	—	—	—	131	14	99	1	—	
Provinz Pommern	61	7413	7110	6747	4655	3	1948	122	12	7	863	5,1	242	—	110	11	—	—	158	—	81	7	—	—	—	—	—	84	29	4	—		
Provinz Schlesien	65	17749	16129	15092	10262	69	4603	87	100	21	1037	6,4	597	1	395	3	39	2	396	—	289	3	35	1	23	—	4	178	1	102	—	4	
Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin)	114	28159	25443	21353	13634	774	5951	162	618	222	4090	16,1	2542	187	1120	32	191	88	2048	119	889	22	157	25	—	1	1	493	48	230	10	34	
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	173	35437	32906	30410	22534	116	7039	479	187	75	2496	7,6	1630	6	818	30	12	—	1141	1	600	20	10	—	11	—	6	478	5	212	10	2	
Provinz Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	18	20532	17816	16806	10306	328	5056	681	385	55	1012	5,7	566	14	347	42	42	1	346	7	195	39	32	1	—	—	—	220	7	152	13	10	
Rheinprovinz	17	22264	20530	19307	9344	370	7236	438	172	101	1228	6,0	435	23	561	34	138	2	283	16	436	24	105	2	—	—	—	152	7	155	10	33	
Provinz Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	25	13706	12512	11946	7595	120	3353	408	435	40	566	4,5	290	4	227	19	22	4	153	2	150	12	13	2	—	—	—	137	2	77	7	9	
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	77	24181	22704	21337	13224	378	6099	1454	132	55	1867	6,0	781	18	484	63	19	2	544	12	301	28	15	1	9	—	10	228	6	173	29	4	
Provinz Schleswig-Holstein, Staatsgebiete Hamburg und Lübeck	81	22832	20757	18650	10492	231	6831	538	478	80	2107	10,2	1055	56	712	99	167	18	833	52	574	79	149	16	9	—	1	213	4	137	20	18	
Beide Mecklenburg	61	5597	5401	4944	3473	19	1406	42	4	4	457	8,5	217	—	234	6	—	—	137	—	212	4	—	—	18	—	1	62	21	2	—		
Königreich Sachsen	72	57407	53031	50112	28804	432	19557	807	332	180	2919	5,5	1252	18	1538	67	34	10	693	11	984	51	27	4	9	—	46	3	550	7	508	13	7
Königreich Bayern (ohne Rheinpfalz)	70	33901	31121	28028	1794	192	10695	1217	1106	19	4098	15,1	1557	21	2150	164	205	1	1172	12	1666	112	182	—	42	—	58	1	343	9	406	51	23
Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden u. Bayerische Rheinpfalz	33	21448	19468	18465	9991	834	4249	1348	2489	54	1003	5,2	473	40	211	56	222	1	232	18	119	39	156	—	23	8	9	—	218	14	83	17	63
Elb-Lothringen	7	5775	5205	4910	1650	113	2651	255	240	1	295	5,7	68	3	163	36	25	—	36	1	89	25	18	—	—	—	—	32	2	74	11	7	
Summa	934	333161	301871	277657	164043	36333	92510	8227	3330	914	24214	8,0	12333	404	6655	668	1125	79	8619	270	7061	460	908	152	145	8	186	10	3519	126	2458	193	214

Berichte

Cöln. (Generalversammlung.) Die am 17. Oktober stattgefundene Generalversammlung war aus 17 Bezirksstellen und 4 Sektionen von 143 Vertretern besetzt. Der Vorsitzende gedachte des verstorbenen Kollegen Böhmels. Nach dem erstellten Geschäftsbericht ist die Lage des hiesigen Bauwesens auch im verflochtenen Quartal als gut zu bezeichnen. Obwohl die Errichtung von Bauten, besonders von Wohngebäuden, im Stadtgebiet Cöln zurückgegangen sei, könne von einer Wabnahme der Arbeitslosigkeit im dritten Quartal nicht geredet werden. — Die Umgestaltung der Baugewerkschaften, die auch große Abstände in der Zukunft, an deren Stelle große Neubauten entstehen werden, lassen für nächstes Jahr, wenn keine unvorhergesehenen Fälle eintreten, eine gute Konjunktur erwarten. Die bevorstehende Neuordnung der Bauordnung wird ebenfalls keine Einschränkung der Bauwirtschaft im Gefolge haben. — Die Entwicklung des Zweigvereins ist als gut zu bezeichnen. Insgesamt wurden einschließlich 54 Lebergetreuer 1193 Kollegen im Quartal aufgenommen, gegen 1080 im vorigen Jahre. Die Mitgliedschaft betrug am Schlusse des Quartals 6232, die sich auf 18 Bezirksstellen und 5 Sektionen verteilte. Bewegungen waren im verflochtenen Quartal 11 zu verzeichnen, wovon es in 7 Fällen zur Arbeitsentlassung kam. Der Vertrag der Steinholzfleger erreichte am 15. August sein Ende; er ist mit entsprechenden Verbesserungen erneuert worden. Die gefürhten Bewegungen brachten neben andern Vorteilen für 246 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 895 Stunden, für 301 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 704. Für die Steinholzfleger wurde die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Im Tiefbaugewerbe haben wohl im verflochtenen Quartal wieder Verhandlungen stattgefunden, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu führen. Von den Bewegungen ohne Arbeitsentlassung betrifft eine die Firma Fellen & Guillaume (Carlsberg) in Wülheim a. Rh. Dort wurde die neunstündige Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 61 1/2 für Maurer und 51 1/2 für Hilfsarbeiter eingeführt. Vorher betrug die Arbeitszeit zehn Stunden und der Durchschnittslohn 54 beziehungsweise 44 1/2 pro Stunde. Mit den Holzfleisern haben in jüngster Zeit Verhandlungen stattgefunden, die zu einem Vertragsabschlusse führten und annehmbare Verbesserungen brachten. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse balancierten mit 11 82 849,25. Nach Hamburg gelangt sind 35 881,05. Die übrigen größeren Ausgabenposten für die Hauptkasse sind folgende: Anteil der Kassa an den Beiträgen und Eintrittsgeldern 11 500,62, Krankenunterstützung 11 329,85, Rechtschutz und Haftunterstützung 11 746,48, Streikunterstützung 11 747,40. Die Kassa hatte eine Einnahme infolge Kassenbestand von 11 50 542,07, die Ausgabe betrug 11 2412,91, so daß der Kassenbestand am Schlusse des Quartals sich auf 11 38 129,16 stellte, gegen 11 30 489,95 am Schlusse des zweiten Quartals; es ist also eine Zunahme von 11 789,21 zu verzeichnen. Der Beitragsmarkenumsatz betrug insgesamt 77 768 gegen 68 409 im zweiten Quartal dieses Jahres und 66 090 im dritten Quartal des vorigen Jahres, also ein Mehrumsatz von 9399 beziehungsweise 21 678 Beitragsmarken. Die Durchschnittsbeitragsleistung betrug im Quartal 12,47 Marken pro Mitglied. Zu beklagen ist die noch immer vorherrschende große Fluktuation, und es wird noch mancher Aufklärung und Schulung bedürfen, bevor dieser Mangel einermassen beseitigt werden kann. Nichtsdestoweniger hat unser Zweigverein auch im dritten Quartal eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen gehabt. Dem Gesamtverband wurde einstimmig Entlastung erteilt. Beschlossen wurde, daß während der beitragsfreien Zeit ein Winterbeitrag von 10 1/2 pro Woche und Mitglied erhoben werden soll, und daß vom 1. Dezember d. J. das Eintrittsgeld für alle Personen über achtzehn Jahre 2 Mark betragen soll. Ferner wurde beschlossen, daß Mitglieder, die beim Militär sind und dem Verband, mindestens, ein Jahr (40 Beitrags-

wochen) angehören, ihre Beiträge bis zum Dienstantritt voll entrichtet und sich ordnungsmäßig beim Zweigvereinsvorstand abgemeldet haben, während ihrer Dienstzeit jedesmal zu Beiträgen ein Geschenk von 1/3 aus Mitteln der Zweigvereinskasse überweisen werden soll. Diejenigen, die dem Verbands zwei Jahre (80 Beitragswochen) und länger angehören und Soldat sind und die übrigen Vorbedingungen erfüllt haben, sollen jedesmal 1/3 erhalten. So dann wurde noch das frühere Mitglied, der Bauhilfsarbeiter Peter Hammers aus Kall, wegen Mißhandlung eines Hilfsarbeiters aus dem Verbands ausgeschlossen.

Darmstadt. (Generalversammlung.) Zu der am 3. November abgehaltenen Generalversammlung hatten 35 Bezirksstellen 41 Delegierte entsandt. Der Ausbruch war durch 7 Kollegen vertreten. Die Versammlung erörtere das Indentum unseres verstorbenen Kollegen Böhmels in äußerster Weise. Der Mitgliederstand des Zweigvereins ist trotz der schlechten Konjunktur im hiesigen Bauwesen erhalten geblieben. Die Mitgliedschaft lag bei 2190 auf 2192; davon sind 1484 Maurer, 42 Stukkatoren und 666 Hilfsarbeiter. Aufgenommen wurden im Quartal 140, zugereist sind 7, abgereist 29, gestorben 5, ausgeschieden 15, ausgeschieden respektive abgereist ohne sich abzumelden 78, zum Militär eingezogen 8, wegen Schulden gestrichen 10; die absolute Zunahme beträgt 2 Mitglieder. Der Umsatz von Beitragsmarken lag gegenüber dem dritten Quartal 1911 von 23 698 auf 27 915 Stück. 4217 Marken sind demnach mehr umgesetzt. Der durchschnittliche Markenumsatz des einzelnen Mitgliedes lag bei 12,19 auf 12,73 Stück. Die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen betrugen 11 18 040,90 oder 2460,84 mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres. 11 214,85 sind an die Hauptkasse abgegangen. An Krankenunterstützung wurden ausgezahlt in 93 Fällen für 1522 Tage 11 1034,65, für Rechtschutz 11 31,45 und an Streikunterstützung 11 230. Den Einnahmen des Zweigvereins im Betrage von 11 15 189,74 steht eine Ausgabe von 11 3995,04 gegenüber. Auf das einzelne Mitglied berechnet, betrug die Einnahme im dritten Quartal dieses Jahres 11 1,09, im dritten Quartal des Vorjahres 89 1/2. Die Einnahmen der Gesamtkaufstellen haben eine Steigerung von 11 1912,52 auf 11 282,30 erfahren, denen eine Ausgabe von 11 1130,38 gegenübersteht, oder pro Mitglied 52 1/2 gegen 42 1/2 im dritten Quartal 1911. Zur Herbst- und Winteragitation soll in allen Bezirksstellen in den nächsten Wochen eine rege Agitations- und Auffklärungsarbeit geleistet werden. Es gilt, unsere Kollegen auf die bevorstehende Lohnbewegung vorzubereiten und die noch unorganisierten Bauarbeiter als Mitglieder zu gewinnen. In der Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht und den Bericht der Delegierten aus den Bezirksstellen wurde dies als dringende Notwendigkeit betont. Auf Antrag der Revisoren wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Dem kommenden Verbandstage und den vom Verbandsvorstand zur Diskussion gestellten Vorträgen, besonders der zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung, brachten die Delegierten großes Interesse entgegen. Kollege Delb wies in seinem Vortrage die Notwendigkeit der Erwerbslosenunterstützung nach. Die Organisation wird den Kampfcharakter dabei nicht verlieren. Auch der Bauarbeiterverband muß seinen Mitgliedern in Zeiten wirtschaftlichen Druckes vor Augen führen und Entbehrung schenken. Gerade die Beiträgen der Unternehmehmer, die Arbeitslosigkeit schon Wochen vor Ablauf des Jahres zu vermindern, erhöhen die Not der arbeitlosen Bauarbeiter; damit sie dem Unternehmehmer nicht als Lohnbrüder zu Willen sind, muß die Organisation ihnen in der Arbeitslosenunterstützung einen Rückhalt geben. Damit durchkreuzen wir die Absichten des Unternehmehmers und erleichtern uns die Führung der Kämpfe. Selbstverständlich muß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung auf der Grundlage genügender Mittel aufgebaut werden. Die Erhaltung des Kampfcharakters unserer Organisation erfordert, daß den zu erwartenden Mehrumsatz von jährlich circa 3 Millionen Mark eine ebenso hohe Mehrumsatz gegenübergestellt wird. Dies kann nur durch die vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung geschehen. Nicht darf die Verbesserungsbedürftigkeit einmengen

Bestimmungen der Vorlage für unsere Stellung zu ihr maßgebend sein, sondern wir müssen sie als Ganzes bewerten, indem wir grundsätzlich für die Verwirklichung der Arbeitslosenunterstützung eintreten. In diesem Sinne müssen die Delegierten in den Bezirksstellen wirken. In der sachlich gestützten Diskussion stimmten die Delegierten dem Referenten zu. Als Kandidaten für die Wahlen zum Verbandstage wurden die Kollegen Herbst, Meyer, Schödel und Delb aufgestellt.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Zur Arbeitslosenunterstützung. Der Zweigverein Belgisch beschloß in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung am 3. November, daß von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung Abstand zu nehmen sei, weil der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür nicht geeignet ist. — Die Sektion der Stukkatoren in Belgisch erklärte in ihrer Sektionsversammlung vom 5. November den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung. — Die Sektion der Stukkatoren des Zweigvereins Bochum erklärte in ihrer Versammlung vom 19. Oktober die Arbeitslosenunterstützung in der Form der Vorstandsvorlage für unannehmbar.

Fliesenleger.

Coblenz. In der Nr. 44 der „Baugewerkschaft“ klagt der christliche Leiter Frings aus Coblenz über Zerwürf mit der „sozialdemokratischen“ Fliesenleger, wobei er fragt, was dazu die „rote“ Zeitung sagt. Diese Frage hätte Frings sich ersparten können; denn unsere Auffassung über Zerwürf kennt er, wie auch die Kollegen zur Genüge. Zur Sache selbst ist zu erklären, daß es niemand mehr bedeutet als wir, wenn wir die Sache gegen den Vertrag vorbringen. Denn gerade unsere Organisation gab die Veranlassung und wirkte mit aller Energie daraufhin, in unserm Berufe wiederum einen Vertrag zustande zu bringen. Wenn nun Frings den Mund so voller Schimpfwoorte nimmt, von roter Meute spricht usw., so ist es notwendig, festzustellen, was der Wahrheit entspricht und was er seinen Kollegen aus Verechnung davon vorkuschelt. Richtig ist, daß sich der bei uns organisierte Fliesenleger Verzeßem der Firma Dörfflein schriftlich zu untertariflichen Bedingungen anbot. Dies geschah aber weder im Beisein noch im Einverständnis anderer Kollegen, wie in der „Baugewerkschaft“ entgegen der Wahrheit behauptet wird. Es kann und wird niemals unsere Absicht sein, ein solches Verhalten wie Verzeßem es sich zuschulden kommen ließ, zu bezeichnen. Die Zeitung, ebenso die Mitglieder selbst, haben Verzeßem auch darüber keinen Zweifel gelassen und sein Verhalten gebührend gebrandmarkt. Verzeßem wurde aufgefodert, dies Verhältnis mit der Firma sofort zu lösen, andernfalls er aus der Organisation ausgeschlossen würde. Noch an demselben Tage kam Verzeßem dieser Aufforderung nach und arbeitete zu den Bedingungen der andern Fliesenleger weiter. Bei der Verhandlung mit dem Unternehmehmer über die Auflösung des Verhältnisses Verzeßem stellte sich heraus, daß gerade die „Christen“ von Anfang an billiger arbeiteten, als der Vertrag vorschreibt. Selbstverständlich stellten die „Christen“ dies auf unsere Vorfälle hin stets in Abrede. Im Beisein des Arbeitgeberes mußten sie es jedoch zugestehen. Für die Verarbeitung von Spaltverbletern gilt nämlich noch der im alten Vertrag festgesetzte Preis von 11 320 für das Quadratmeter. Die „Christen“ übernahmen diese Arbeiten jedoch für 11 290. Unsere Absicht ist keineswegs, Leute, die gegen den Vertrag verstoßen, in Schutz zu nehmen; wenn man jedoch im christlichen Glauhsinn steht, soll man nicht mit Steinen um sich werfen. Die Absicht Frings war ja letzten Endes die, unserer hiesigen Organisation und ihrer Zeitung etwas antun, um in den unglücklichen Umständen damit freisen zu geben. Damit kommt er aber nicht auf seine Rechnung, selbst bei seinen eigenen Mitgliedern nicht. Man weiß heute ganz genau, auch bei den christlich organisierten Bauarbeitern, wie überall am energischsten den Beiträgen

Eingegangene Schriften.

(Die hier angegebenen Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Verteilungshandlung.)

Die Kommune, Roman von Paul und Viktor Marquardt, bringt unter Parabelverlag, die Buchhandlung Volksstimme in Frankfurt a. M., in einer billigen, ungefärbten Volksausgabe auf den Büchermarkt. Das berühmte, jedoch infolge seines hohen Preises von 10 resp. 13 in Arbeiterkreisen fast gar nicht verbreitete Werk, wird in dieser Ausgabe broschiert 1 und gebunden 1,50 kosten. Eine farbige, nachvollziehbare Zeichnung des bekannten Künstlers Paul Gauguin, die, voll revolutionärem Feuer, den Inhalt so recht charakterisiert, schmückt den Umschlag. Hermann Wendel schrieb eine markante Einleitung zu dem von H. Fride übersehten Werke.

Die Brüder Marquardt haben mit diesem geschichtlichen Roman ein Kunstwerk geschaffen, das voll Feuer und Begeisterung den Leser in seinen Bann zieht. Gewaltig ist die Schilderung eines alle Schranken der Knechtschaft durchbrechenden Volkes, seinen Kampf, Sieg und seine Niederlage. Grauenhaft das Bild des Siegers. Die Worte eines Revolutionärs: „Die Reaktion von 1871 hat in einer Woche mehr arme Leute getötet, als die Revolution deren in zwei Jahren niederlag“, sind nur zu bezeugend. Der Geschichtslitteratur gehen die beiden Brüder mit scharfem Griffel energisch zu Leibe. Sie bleiben immer bestrebt, der Wahrheit zu dienen in ihrem Buche, das dadurch einen bedeutenden geschichtlichen Wert erhält. In einer Auflage von 20.000 Exemplaren erscheint dieses Buch, über dessen Wert man einig ist, so daß wir uns nur dem Wunsche des Vorwortes anschließen können: „Möge es in vielen tausend Herzen etwas von der hellen Flamme entzünden, die weder die Flüßchen noch die Wägengräber an der Mauer der Föderierten erlösen konnte.“

Alle Parteibuchhandlungen liefern das Buch.

Der kleine Stadtbaumeister. Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Lehrer von Heinrich Pralle. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Preis 1,50. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Dieses, die einen Handwerkskursus nicht durchmachen können, zeigt nun der Lehrer Pralle in seinem ausgezeichneten Büchlein, wie er mit vier Knaben im Alter von 11 bis 13 Jahren eine Stadt gebaut hat. Die Arbeit erinnert an die beliebten Modellierbogen, hat aber vor diesen vieles voraus. Die Modellierbogen fordern vom Kinde nur mechanische Arbeit mit Schere und Kleister; was die Phantasie, das Schönheitsgefühl, den Farbensinn, das Gestaltungs- und Kombinationsvermögen des Kindes anregen und in Tätigkeit versetzen könnte, hat der Künstler schon im voraus befüllt. Auch stehen die aus Modellierbogen gefertigten Burgen und Städte, sind sie erst aufgestellt, unverrückbar fest; es gibt keine Veränderung und Umformung, kein Einreißen und Wiederaufbauen mehr. Nur ruhiges und ach so langweiliges Anschauen ist erlaubt. Die Modelle des Spielbuchs dagegen gestalten in Bezug auf Größe, Form, Farbe und Verwendungszweck dem Willen und der Phantasie des Kindes den größten Spielraum, denn die beigefügten Tafeln bieten nur Beispiele, nach denen der kleine Baumeister die Formen bald groß, bald klein entwerfen und so aus Papp, Pappchen und Buntpapier mittels Schere, Messer, Lineal, Galzein und Leim eine wunderbare Stadt erbauen kann. Das Büchlein wird an Herbsttagen und Winterabenden vielen Kindern große Freude bereiten. Das Spielbuch, das sich auch sehr zu Geschenken zum fernstehenden Weihnachtsgeschenk eignet, ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen. Dritter und letzter Teil: Entstehung der Waffen, Körper Schmuck. Die Technik der Bekleidung. 24. Bändchen der kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Verlag von J. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Von der Technik der Urzeit, begonnen von Hannah Lewin-Dorich, fortgesetzt von Heinrich Cunow liegen außer dem oben angegebenen dritten und letzten Teil vor: Erster Teil: Das Feuer. Der Wohnungsbau. 18. Bändchen der kleinen Bibliothek. Zweiter Teil: Nahrungsbeschaffung und Ernährung. 22. Bändchen der kleinen Bibliothek. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden M. 1. Vereinspreis 50 Pf. Wir können diese Bücher jedem nach Wissen strebenden Kollegen bestens empfehlen.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitagess Chemnitz 1912. Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis M. 2,50, gebunden M. 3,50. Vereinsausgabe M. 1,25, gebunden M. 1,75. Die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitages sind nicht nur für jeden Arbeiter von großem Interesse. Von den mannigfachen Verhandlungsgegenständen erwähnen wir: Bericht des Parteivorstandes. Die Lebensmittelerhöhung. Organisationsstatut. Reichstagswahlen. Stichwahlparole. Bericht der Reichstagsfraktion. Vergarbeitsvertrag. Imperialismus. Waisener. Internationaler Kongress. Ausschlußverfahren gegen Hilbrand. Das Protokoll ist durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage zu beziehen.

Entwicklungstheorie (Darwins Lehre). Gemeinverständlich dargestellt von Dr. E. Tschilo, Privatdozent für Allgemeine Biologie an der Universität Zürich. Mit 49 Abbildungen im Text. VII und 312 Seiten. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3. Verlag von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart. Dies Werk soll die seit längerer Zeit vergriffene Darwinsche Theorie von E. Tschilo erschaffen. Wir hoffen, daß die von einem anerkannten Fachgelehrten verfaßte Entwicklungstheorie einem ebenso großen Interesse begegnen wird, wie es seinerzeit bei dem Voelkingischen Buch der Fall war.

Arbeiter-Wahl-Kalender für das Jahr 1913. Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 50 Pf.

Briefkasten.

* Die Nr. 47 des „Grundstein“ muß des Auftrages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine beziehungsweise Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzugeben, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

W. in Gadebusch. Der Kollege ist nach dem Statut der Krankenkasse, erst recht aber nach dem Ortsstatut für die Stadt Gadebusch vom 12. März 1889, versicherungspflichtig. Die Gemeinden haben nach § 2 des Krankenversicherungsgesetzes das Recht, die Versicherungspflicht sowie in dem erwählten Ortsstatut gefestigt, auszuüben. Daran können die Kassen nichts ändern. Nach § 83 des Krankenversicherungsgesetzes gelten die für Gemeindevorstände nicht einverleibten selbständigen Gutsbezirke. Solange der Bezirksausschuß das Ortsstatut von 1889 nicht aufhebt, gilt es nach einer Ent-

scheidung des Provinzialrats der Provinz Schlesien vom 9. Mai 1904 (Abgedruckt in der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ vom Jahre 1905, Seite 312) weiter. Nun ist die Frage unserer Meinung nach aber auch falsch eingereicht worden. Die Kasse kann sich nur gegen die Kasse auf Lebensnahme der statutarischen Leistungen richten, und Sache der Kasse ist es dann, den Unternehmer zahlbar zu machen. Wird die Kasse gegen den Unternehmer abgewiesen, dann muß der Kollege die Kasse verlassen.

A. D. in Hof. Eine Statistik wird vorzugsweise in 14 Tagen zum Versand kommen können.

B. in Frankfurt a. M. Die Nr. 40 des „Grundstein“ ist soweit fertig, daß nichts mehr davon nachgeliefert werden kann.

F. S. Cöln-Vingst. Wir sind leider nicht in der Lage, das Mitteilungszeichen jenes von einem Korrespondenten mitgeteilten Urteils anzugeben.

S. Meibach. Die Steuer wirst Du bezahlen müssen, weil Du in dem andern Ort, wo Du während zweier Monate beschäftigt warst, keine Steuer zahlst.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

Brandenburg a. d. S. Am 5. November starb unser Mitglied **Bernh. Maess** im Alter von 42 Jahren. Er wurde von einem Kraftwagen überfahren.

Cöln. Am 31. Oktober starb unser Mitglied **Johann Litzinger** im Alter von 39 Jahren an Lungenentzündung. — Am 6. November starb unser Mitglied **Franz Prochnau** im Alter von 40 Jahren an Blinddarmentzündung.

Quisburg. (Zahlfstelle Ruhrort.) Am 5. November starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Joh. Kisey** im Alter von 23 Jahren.

Erfurt. (Zahlfstelle Geseke.) Am 4. November starb unser Mitglied **Bernhard Neumann** im Alter von 55 Jahren an Asthma.

Freiburg i. Schl. Am 3. November starb unser Kollege **Wilh. Unger** im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung.

Gießen. Am 1. November starb nach langem Leiden unser treues Mitglied **Traugott Proch** aus Friedersdorf im Alter von 29 Jahren an Rippenfellentzündung.

Sagen. (Zahlfstelle Neheim-Hüsten.) Am 4. November starb unser Kollege **Florenz Oberender** im Alter von 42 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Siehe. Am 8. November starb nach längerem Leiden das langjährige Mitglied **Heinrich Ballermann** im Alter von 51 Jahren an der Prostatakrankheit.

Siel. Am 31. November starb unser Verbandskollege **A. Stieper**, 30 Jahre alt, an Lungenleiden. — Am 2. November starb unser Kollege **Fr. Kurth** im Alter von 27 Jahren durch Ertrinken.

Sandberg a. d. W. Am 7. November starb unser treuer Kollege **Otto Humboldt** aus Böken im Alter von 32 Jahren.

Memmingen. Am 6. November starb unser Kollege **Josef Bertele** infolge eines Unfalles. Er geriet auf dem Nachhausewege in einen Teich und kam dabei ums Leben.

Ghre ihrem Anbenten!

München. (Nordwest.) Am 4. November starb unser Kollege **Johann Ott** im Alter von 61 Jahren an Lungenleiden. — (Zahlfstelle) Am 8. November starb unser Kollege **Josef Arnold** im Alter von 53 Jahren an Darmleiden. — (Westend Bavarising.) Am 4. November starb unser Kollege **Sebastian Falter** im Alter von 53 Jahren an Lungenleiden.

Novawes. Am 8. November starb unser Kollege **Franz Koch** im Alter von 27 Jahren infolge eines Unfalles.

Nieja. Am 5. November starb unser Kollege **Karl Balitz** aus Döberitz im Alter von 53 Jahren.

Schweningen. (Zahlfstelle Plantstadt.) Am 31. Oktober starb unser Kollege **Georg Müller** an der Prostatakrankheit.

Straßburg i. E. (Zahlfstelle Kehl-Richtenau.) Am 28. Oktober starb unser treuer Kollege **Jakob Wagner** im Alter von 24 Jahren an Lungenentzündung. — (Zahlfstelle Jannstadt.) Am 31. Oktober starb unser treuer Kollege **Ludwig Wagner** im Alter von 47 Jahren an der Prostatakrankheit. — Am 6. November starb unser treuer Kollege **Albert Mertz** im Alter von 60 Jahren an Magenleiden. — (Zahlfstelle Floßheim.) Am 6. Oktober starb unser treuer Kollege **Karl Weber** aus Eschau an Herzleiden.

Timmerode. Am 8. November starb nach längerem Leiden unser Kollege **Gustav Wolter II** im Alter von 29 Jahren an Lungenüberlastung.

Waldenburg i. Schl. Am 8. November starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Julius Klose** im Alter von 26 Jahren an Kehlkopfentzündung.

Worms. (Zahlfstelle Frankenthal.) Am 5. November starb unser Kollege **Friedrich Weber** im Alter von 46 Jahren infolge eines Unfalles.

Peter Wilhelm, Maurer aus, Julius Dürr, Wiesenburg, werden gebeten, ihre Adresse an **Ernst Holzinger, Seidenheim, Schloßstr. 56**, zu senden. [1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Heidenheim a. d. B.

Zwickau.

Unser Zweigverein hält am Sonntag, 7. Dezember, abends 8 Uhr, im „Belvedere“ zu Zwickau eine

Gedächtnisfeier

für unsern verstorbenen Verbandsvorsitzenden **Th. Bömelburg**

ab. Sie wird bestehen in Konzert, Rezitation erster Dichtungen und der Gedenkrede, die Kollege A. Winnig halten wird. [M. 5,40]

Wir laden unsere Kollegen und die Delegierten zur Gaunferenz zu dieser Feier ein. Die Delegierten, die Sonntag hier eintreffen, wollen sich an den Kollegen **H. Berger, Brückenstr. 15**, wegen Nachlogis wenden. Der Zweigvereinsvorstand.

Verfallungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verfallungen zu befehlen.

Verfallungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 17. November.

(Zementarbeiter.) Vorm. 10 Uhr im Lokal „Zum goldenen Schwan“, Kupferstraße 22/23. Radm. 3 Uhr im „Weißen Hof“ zu Gornitzsch. L.-D.: Duellabrechnung. Wahl der Kandidaten zum Verbandsrat. Mitgliedsbeiträge mitbringen.

Schkeuditz. Radm. 3 Uhr in Schönes Restaurant. L.-D.: Stellungnahme zu den Anträgen des Verbandsvorstandes an den Verbandstag. Radm. 5 Uhr bei Paul. L.-D.: Wahl der Kandidaten zum Verbandsrat.

Wiesenburg. Dienstag, den 19. November. Abends 6 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Sorau i. d. N.-L. Abends 6 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Mittwoch, den 20. November (Bußtag). (Wips- und Zementbranche.) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engländer 16. L.-D.: Stellungnahme und Anträge zum ersten Verbandsrat.

Berlin. Radm. 3 Uhr bei Dfe.

Boizenburg. Radm. 3 Uhr bei Dfe.

Sonntag, den 24. November.

Bayreuth. Vorm. 9 Uhr in der „Zentralhalle“. Radm. 1 Uhr im Vereinslokal. L.-D.: Kassen- und Gemeindefragen. Bericht von der Gaunferenz. Arbeitsstellenverteilung. Wähler werden abgeholt.

Dormitzsch. Radm. 2 Uhr im Vereinslokal. L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. Delegiertenwahl zur Gaunferenz. Wahl der Kandidaten zum Verbandsrat. Gaunferenzen werden anwesend sein.

Dortmund. Vorm. 11 Uhr. L.-D.: Anträge zum Verbandsrat. Arbeitsstellenverteilung. Radm. 3 Uhr bei Sauer. L.-D.: Bericht vom Sonntag. Wahl der Kandidaten zum Verbandsrat. Verteilung einer Summe. Kartellbericht.

Sonntag, den 1. Dezember.

Neuhardenberg. Radm. 2 Uhr bei Fiebig. Wichtige Tagesordnung.

Zentralkrankenkasse der Maurer u. sp.

Sonntag, den 17. November. Radm. 3 Uhr bei Dehmann, Schiffstraße. L.-D.: Quartalsabrechnung und sonstige Kassenangelegenheiten.

Luckenwalde. Mittwoch, den 20. November (Bußtag).

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. L.-D.: Kassenbericht vom dritten Quartal. Kassenangelegenheiten.